

wollen daraus den festen Willen schöpfen, dafür zu sorgen, daß alle Menschen die Sonne scheint. (Beifall.) Wir dürfen bei dieser Kleinartigkeit der Welt nicht verkümmern. Wir wollen die Verpflichtung, die uns in diesem Saal mit heraufzunehmen, daß jede Teilnehmerin draußen betonen, was sie hier gesehen und gehört hat, was wir hier als Gesamtvertretung der mit Kopf und Hand arbeitenden Frauen Deutschlands zum Wohle nicht nur der Frauen beschlossen haben, die schon Sozialistinnen sind, sondern zum Wohle unseres ganzen Volkes und der Zukunft der ganzen Welt. (Beifall.) In einfacher Weise müssen wir das draußen weitergeben, damit es verstanden wird und damit wir hier nicht vergeblich gearbeitet haben.

Wir können die heutige Tagung nicht schließen, ohne wenigstens kurz der allgemeinen politischen Lage zu gedenken, unter deren Druck wir bekrüht und unbewußt in jedem Augenblick standen. In Paris ist unseren Vertretern heute die Antwort der Entente übergeben worden. Eine Zeit entsetzlicher Spannung haben wir durchlebt, die jetzt ihren Höhepunkt erreicht hat. Wir wissen ja noch nicht, was unserer harzt. Eine Zeitungsnachricht hob die andere auf, die eine Stimme zur Hoffnung, die andere wirkte niedererschmetternd. So haben wir in Gängen und Wangen die Lage zugebracht und gewartet auf die Antwort, die die vier Gewaltigen in Paris für gut befinden würden. Immer haben wir hier in Weimar mit der Möglichkeit rechnen müssen, daß unsere Verhandlungen durch eine niedererschmetternde Nachricht aus Paris unterbrochen werden könnten. Wir kennen in diesem Augenblick die neuen Bedingungen noch nicht. Noch klammern wir uns wie der Ertrinkende an den Strohalm, geben noch nicht alle Hoffnung auf. Aber mögen diese Bedingungen aussehn wie sie wollen, eins weiß ich bestimmt: wenn man das deutsche Volk wirtschaftlich lösen will, wenn man auch kommende Generationen weiter mit dem Hunger bedroht, man wird es trotzdem nicht fertig bekommen, unser Volk auszurotten und der sozialistische Gedanke, dessen Träger unser Volk geworden ist, wird nicht untergehen. Wie immer der Weltkrieg abgeschlossen wird, wir gehen aus diesem Saal gewappnet heraus, gewappnet für den Kampf der Geister und mit dem festen Willen, trotz alledem für den Sozialismus zu kämpfen. Wir wissen nicht, ob die Bedingungen unterschrieben werden oder nicht, eines aber wissen wir bestimmt, daß es keinen Weltkrieg mehr geben soll und darf. Wir werden für die Verwirklichung des Sozialismus arbeiten und dann wird es auch in der Zukunft keinen Krieg mehr geben. (Lebhafter Beifall.)

Hierauf schloß die Vorsitzende **Knyek** die Konferenz.

## Wortlaut der auf dem Parteitag angenommenen Anträge.

### Tagesordnung des Parteitages.

Der Sozialdemokratische Verein Groß-Frankfurt ersucht den Parteivorstand, der Tagesordnung des Parteitages folgenden Punkt einzufügen: „Die auswärtige Politik der deutschen Republik.“

Den Punkt **Auslandspolitik** auf die Tagesordnung zu setzen und **Genossen Bernstein** als Referenten zu bestellen.

### Bericht des Parteivorstandes.

Der Parteitag beauftragt den Vorstand, unverzüglich Agitationsmaterial aufklärenden undwerbenden Inhalts in Massenaufgaben herzustellen und allen Wahlvereinen baldigt zu übermitteln. In Frage kommen hierfür in erster Linie die Grundzüge und Forderungen der Sozialdemokratie an Reich, Einzelstaaten und Gemeinden.

### Organisationsstatut.

Im § 4 Zeile 4 hinter die Worte „zu erheben“ einzuschalten: gleichzeitig sind die Bezirksverbände berechtigt, in Ortsvereinen, die durchaus ländlichen Charakter haben, Wochenbeiträge von 15 Pf. für männliche und 10 Pf. für weibliche Mitglieder festzusetzen.“

§ 11 Abs. 1 und 2 zu streichen das Wort „einstimmig“ und dafür zu setzen: in Abs. 1: „Auf mit Dreiviertelmehrheit gefaßt“, in Abs. 2: „Auf mit Dreiviertelmehrheit gestellten“.

Hinter „und unbesoldeten Beisitzern besteht“ ist einzufügen: „Und dem mindestens zwei Frauen angehören müssen“.

Im § 23 als besonderen Absatz einzufügen: Zur Partei kann ferner nicht gehören, wer einer anderen politischen Partei als Mitglied angehört oder eine solche finanziell unterstützt.

In den Parteiauschuß entsenden die Bezirksorganisationen, welche mehr als 10 000 weibliche Parteimitglieder umfassen, außerdem ein weibliches Mitglied.

### Organisation und Agitation.

Die Kreise mit rein ländlicher Bevölkerung bedürfen intensiverer Arbeit und sind diese Kreise mehr als bisher agitatorisch und finanziell zu unterstützen.

Der Parteitag wolle beschließen: Der Parteivorstand wird beauftragt, bei allen wichtigen Fragen und Entscheidungen der inneren und äußeren Politik schnellstens die nötige Aufklärung ins Land zu senden, damit die Mitgliedschaften rechtzeitig orientiert sind und falsche Auffassungen vermieden werden.

Der Parteitag möge beschließen, daß bei Uebertreten von der Unabhängigen Partei die volle Mitgliedsdauer angerechnet wird und durch einen Vermerk zu kennzeichnen ist.

Nachdem die Resolution den Frauen endlich die politische Gleichberechtigung gebracht hat, ist es jetzt Aufgabe der Partei, diese Gleichberechtigung von der Theorie in die Praxis zu überführen.

Nur durch aktive Mitarbeit, nicht allein durch theoretische Bildung, kann die mangelhafte politische und parlamentarische Schulung der Frauen behoben werden. Nur dadurch kann ihre weitverbreitete Teilnahmslosigkeit der Politik und der Partei gegenüber beseitigt, können ihre durch jahrhundertelange politische Unfreiheit und einseitige Erziehung verkümmerten Fähigkeiten auf diesem Gebiet voll entwickelt werden.

Diese politische Einsicht der Frauen zu fördern, ist heute, wo sie das Stimmrecht haben, zur Lebensnotwendigkeit für die Partei geworden.

Ebenso sehr im Interesse der Partei wie in ihrem eigenen sind deshalb die Genossinnen in erhöhtem Maße zu allen Parteiposten und Parteikörperschaften, zu den Parlamenten und Verwaltungsämtern in Reich, Staat und Gemeinde heranzuziehen.

#### Bericht der Fraktion der verfassungsgebenden Nationalversammlung.

Der Parteitag möge beschließen, daß die wichtigsten Gesetze mit kurzen Erläuterungen in kurz gefaßten Broschüren den Genossen im Lande periodisch zur Verfügung gestellt werden. Desgleichen soll in Broschürenform periodisch über die Tätigkeit der Fraktion unterrichtet werden.

Der Parteitag beauftragt die Genossen, in den gesetzgebenden Körperschaften dafür einzutreten, daß sämtliche fiskalische Anlagen, als Flug-, Erzeugerplätze, Kasernen, Festungsstrazons usw., nicht an Private verkauft werden dürfen, sondern nur an Kommunen, und zwar auch nur unter der Bedingung, daß diese Körperschaften nur gemeinnützigen Vereinigungen in Erbpacht gegeben werden, soweit die Kommunen dieselben nicht für eigene Zwecke gebrauchen. Kommt ein Verkauf an Kommunen nicht in Frage, so sind dieselben gemeinnützigen Vereinigungen unmittelbar in Erbpacht zu geben, um jede Spekulation auszuschließen.

Der Parteitag beauftragt die Genossen in den gesetzgebenden Körperschaften, dafür einzutreten, daß industrielle fiskalische Anlagen, als Werften, Gewehrfabrikationsfabriken usw., nicht an das private Kapital zur Spekulation überlassen werden, sondern, soweit sie nicht mehr für Zwecke des Reiches verwendbar sind, nur unter solchen Bedingungen freigegeben werden, bei der jeder etwa entstehende Gewinn an das Reich abzuführen ist.

#### Jugend und Bildung.

Der Parteitag fordert die in den Vertreterkörperschaften von Staat und Gemeinde tätigen Parteigenossen auf, mit aller Kraft für die kulturelle Hebung der proletarischen Jugend, die der Krieg körperlich, geistig und seelisch vernachlässigte und unterdrückte, einzutreten durch Schaffung alkoholfreier Jugendheime, Bereitstellung von Jugendleseställen und geeigneten Vereinsräumen (in Schulen usw.), Jugendherbergen, Wanderherbergen in den Städten und auf dem Lande, durch materielle und moralische Unterstützung der Arbeiterjugendorganisationen, durch Maßnahmen gegen das Jugend- und Volkleben demoralisierende Kinowesen und dergleichen mehr.

#### Abfindung der Fürsten.

Der Sozialdemokratische Verein Groß-Frankfurt ersucht den Parteitag, beschließen zu wollen, daß alle Fürsten und früheren Kroneninshaber ohne Pensionen von der Reichs- oder den Landesregierungen abgefunden werden.

#### Kommunalprogramm.

Die sozialdemokratische Parteiorganisation Rüstingen-Wilhelmshaven ersucht den deutschen Parteitag in Weimar, unverzüglich eine Kommission von hervorragend tätigen und bewährten sozialdemokratischen Kommunalpolitikern einzusetzen, um ein der neuen Zeit entsprechendes sozialdemokratisches Kommunalprogramm auszuarbeiten. Vor Durchführung einer einheitlichen Verwaltungsreform über ganz Deutschland sind die sozialdemokratischen Vertreter in den Regierungen und Parlamenten sowie den Kommunen der deutschen Freistaaten zu verpflichten, im Sinne des sozialdemokratischen Kommunalprogramms sich zu betätigen und die Schaffung von in diesem Geiste getragenen Städte- und Gemeindeordnungen anzustreben.

#### Schreibergärten.

Unsere Genossen in den Gemeindeverwaltungen sind aufzufordern, für die Beschaffung von Schrebergartenstellen für die minderbemittelten Bewohner der Städte zu wirken.

#### Partei einigung.

Der Parteitag teilt den in vielen Anträgen zum Ausdruck gekommenen Wunsch nach der Einheitsfront des Klassenbewußten Proletariats Deutschlands.

Die Fortdauer der Parteispaltung, die den kraftvollen Vormarsch der Arbeiterklasse aufzuhalten droht, erkennen wir als die größte Gefahr für die Lebenshaltung der Arbeiterklasse wie für die Abwehr gegenrevolutionärer Machenschaften.

Bei allen Versuchen, das Proletariat wieder zur Einheit zusammenzuschweißen, wandten sich die Vertreter der U. S. P. wie der K. P. D. gegen die Grundzüge der Demokratie.

Der Parteitag lehnt das Streben nach einer nur mit den Mitteln des Terrorismus — und auch da nur für kurze Zeit — aufrechtzuerhaltenden Diktatur einer Minderheit ab.

Der Parteitag erklärt seine Bereitschaft, in Verhandlungen zur Einigung mit der U. S. P. auf der Grundlage des Erfurter Programms zu treten, sobald die U. S. P. den Grundsatz der Demokratie rückhaltlos anerkennt und jede Gemeinschaft mit der mit den Mitteln des Ruffschismus und unter Verwerfung aller demokratischen Grundsätze wirkenden K. P. D. aufgegeben haben wird.

Die Verhandlungen über die Einigung können nur zentral geführt werden.

#### Freiwilligenkorps.

Der Parteitag würdigt die Beschwerden der Parteigenossen über die Haltung der Freiwilligenkorps und ihrer Führer.

Der Parteitag kann sich aber nicht verhehlen, daß die sozialdemokratischen Arbeiter an der Unzufriedenheit mit den Freiwilligenkorps nicht unschuldig sind, weil zu wenige Arbeiter in diese Korps eintraten und damit die einseitige Zusammensetzung dieser Truppen verschuldeten.

Durch die Reform der Polizei und der Gendarmarie sind die Freiwilligenkorps von allen laufenden polizeilichen Aufgaben fernzuhalten.

Sollen Regierung und Verfassung nicht jedem willkürlichen Einflusse unterliegen, ist nicht völlig auf militärische Macht zu verzichten. Die unterschiedslose Herabsetzung und die Vorkottierung der Freiwilligentruppen wie der Sicherheits- und Einwohnerwehren durch manche Arbeiter empfindet der Parteitag als eine Ungerechtigkeit.

Der Parteitag fordert die völlige Neutralität der Freiwilligentruppen in allen politischen Fragen, um sie vor jedem Verdachte gegenrevolutionärer und anderer Ausschreitungen zu sichern.

Alle Ausschreitungen von Mitgliedern der Freiwilligentruppen werden vom Parteitag entschieden beurteilt, deshalb erwartet der Parteitag eindeutige und feste Maßnahmen gegen jeden Mißbrauch der militärischen Gewalt. Er erhofft dies vor allem durch die weitestgehende Demokratisierung des Offizierkorps und durch den Eintritt unserer Parteigenossen in die Reichswehr.

Ebenso muß in geeigneter Weise Aufklärungsarbeit innerhalb der Truppenverbände durch Parteigenossen geleistet werden. Zu diesem Zweck hat die Partei Einrichtungen zu schaffen.

Der Belagerungszustand darf nur verhängt und Truppenverbände dürfen nur dann eingesetzt werden, wenn die zuständige Parteiorganisation vorher gehört ist.

In den Orten, in denen Truppen untergebracht sind, und in Orten, die vorübergehend zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung mit Truppen belegt werden müssen, sind den Befehlshabern geeignete Personen aus Parteitreifen beizugeben. In allen Fällen, wo die Truppen verwendet werden sollen, haben diese Genossen maßgebendes Mitbestimmungsrecht.

#### Doppelmandate.

Die Demokratisierung des Wahlrechts in Reich, Staat und Gemeinde hat die Zahl der parlamentarischen Mandate der Partei stark erhöht und zur Uebertragung mehrerer Mandate an einzelne Genossen geführt.

Obwohl es durchaus nicht unerwünscht ist, daß die Verbindung und Zusammenarbeit der einzelnen Fraktionen durch einige Doppelmandatäre inniger gestaltet und gesichert werden, birgt die Uebertragung mehrerer parlamentarischer Mandate an einen Genossen doch die Gefahr in sich, daß jedes Mandat nicht mit der gebotenen Hingabe ausgeübt werden kann.

Da aber die Partei das größte Gewicht darauf legen muß, daß jedes von ihr erteilte Mandat mit Pflichttreue und Gewissenhaftigkeit ausgeübt wird, empfiehlt der Parteitag, parlamentarische Doppelmandate möglichst zu vermeiden.

#### Jugendbewegung.

1. Das Ziel der Jugendbewegung ist die Erziehung der Jugend zur sozialistischen Weltanschauung und zur selbständigen politischen Betätigung. Ferner hat sie den Zweck, einen wirksamen Jugendschutz zu fördern. Dagegen ist die Jugendorganisation keine Kampforganisation mit parteipolitischen Zielen; ihre Aufgaben sind vorwiegend erzieherischer Natur.

2. Die Jugend von 14 bis 18 Jahren ist allorts unter Aufhebung der bisherigen Jugendausschüsse in Vereinen zusammenzufassen, die sich zu Bezirksorganisationen und übers Reich zu einem Verband der deutschen Arbeiterjugendvereine zusammenschließen. Die Zentralstelle für die arbeitende Jugend bildet bis auf weiteres den Hauptvorstand des Verbandes und hat schnellstens Satzungen und einheitliches Verwaltungsmaterial herauszugeben.

3. Die Leitung der Ortsvereine obliegt einem Vorstand, der zur Hälfte aus Jugendlichen, die von den Mitgliedern selbst zu wählen sind, und zur anderen Hälfte aus erwachsenen Parteimitgliedern gebildet wird. Die gleiche Zusammensetzung gilt für die Bezirksvorstände sowie für den Hauptvorstand in Berlin. Bei der Wahl der Erwachsenen sind Genossen und Genossinnen zu bevorzugen, die erzieherische Befähigung mit besonderem Verständnis für die Jugend und ihre spezielle Eigenart verbinden.

Um dem Grundsatze der Selbstverwaltung der Jugend zu entsprechen, soll die Leitung der Abteilungen der Vereine den Jugendlichen möglichst selbst überlassen bleiben.

4. Von den Mitgliedern ist ein regelmäßiger Beitrag zu erheben. Hierfür ist als Vereinsorgan die „Arbeiter-Jugend“ zu liefern, die ausgestatten und in ihrem Umfang zu erweitern ist.

5. Der Parteitag legt den Parteiorganisationen sowie allen Parteigenossen und -genossinnen die dringende Verpflichtung auf, die erwachsenen Arbeiter in nachhaltiger Weise über Wert und Bedeutung der Jugendbewegung aufzuklären und zur Förderung der Jugendarbeit die notwendigen Mittel und Kräfte zur Verfügung zu stellen.

#### Lehrerbewegung.

Der Parteitag begrüßt den Zusammenschluß der sozialdemokratischen Lehrer und Lehrerinnen Deutschlands auf der Grundlage einer Arbeitsgemeinschaft im Dienste der besonderen kulturpolitischen Aufgaben der Partei.

Der Parteitag fordert alle sozialdemokratischen Lehrpersonen auf, sich unbeschadet ihrer Zugehörigkeit zu anderen Lehrervereinigungen der Arbeitsgemeinschaft zum Zwecke reger Mitarbeit anzuschließen.

#### Genossen in Regierungsämtern.

Der Parteitag erklärt, daß Genossen, die Regierungsämter innehaben, der Partei verantwortlich sind. Er erklärt ferner, daß die Bekleidung eines Regierungsamts kein Grund sein kann, den in Betracht kommenden Genossen das Recht abzuerkennen, im Parteivorstand, der Kontrollkommission und anderen Parteinstanzen Ämter einzunehmen.

#### Demokratisierung.

Die Revolution hat die Bahn für die Demokratisierung von Reich, Staat und Gemeinde frei gemacht. Die Demokratie kann sich indes im gesamten Staatsleben nur voll auswirken, wenn alle Träger der Staatsmacht in der Verwaltung von ihren Grundpflichten durchführungen und bereit sind, im demokratischen Sinne zu wirken.

Der Parteitag macht es daher den Parteigenossen in den Regierungen und Parlamenten zur Pflicht, dahin zu wirken, daß alle politischen Beamten besetzt werden, die innerlich noch auf dem Boden des alten Regimes stehen und nicht mit gebotener Eifer die vom Mehrheitswillen des Volkes getragene Politik der Regierung fördern.

#### Bildungsarbeit.

Der starke Zustrom neuer Anhänger, den die Novemberrevolution der Partei gebracht hat, und die Fülle neuer Aufgaben und Verpflichtungen, die die Demokratisierung und Sozialisierung des öffentlichen Lebens in Deutschland den Parteigenossen auferlegt, machen eine Neuorganisation und Vertiefung unseres Bildungswesens zur dringenden Notwendigkeit.

Mehr als früher muß die Einführung in den Sozialismus als Weltanschauung und in die sozialdemokratische Politik das Kernstück der Bildungsarbeit bilden. Allgemein bildende Veranstaltungen sind dagegen in erster Linie als öffentliche Pflichten von Reich, Staat und Gemeinde zu verlangen; auch kann sich dabei die Zusammenarbeit mit anderen Bildungsorganisationen als zweckmäßig erweisen (Volkshochschulen, Wandertheater und -kino, Konzerte).

In allen Orten sind Bildungsausschüsse zu schaffen, die im engen Zusammenwirken mit der Partei und anderen Arbeiterorganisationen das örtliche Bildungswesen zu leiten haben; innerhalb der Parteibezirke sind Bezirksbildungsausschüsse einzurichten. Die Spitze des parteigenösslichen Bildungswesens bildet der Zentralbildungsausschuß.

Die Bildungsarbeit ist überall sofort tatkräftig in die Hand zu nehmen; insbesondere sind Einzelvorträge und Kurse über Geschichte, Theorie und praktische Arbeit der Sozialdemokratie einzurichten. In einzelnen Bezirken sind im Einvernehmen mit dem Zentralbildungsausschuß und dem Parteivorstand Bezirks-Parteischulen zu schaffen, für die Genossen als Teilnehmer auszuwählen sind, die sich in besonderem Maße zu Lehrkräften eignen. Zu dem gleichen Zwecke ist auch die baldige Wiedereröffnung der Parteischule in Berlin auf neuer Grundlage ins Auge zu fassen.

Die Rückwirkungen der Novemberrevolution auf das geistige Leben der Partei machen es allen Parteigenossen zur ersten Pflicht, sich sowohl zur eigenen theoretischen Aufklärung und Festigung, als auch zur kritischen und neuschaffenden Mitarbeit in der Theorie des Sozialismus mit der grundlegenden wissenschaftlichen Literatur des Sozialismus vertraut zu machen. Zur Einführung sind leichtverständliche Schriften herauszugeben.

#### Ernährungsfrage.

Der Parteitag macht die in zahlreichen Anträgen der Parteigenossen zum Ausdruck gekommenen Forderungen bezüglich der Ernährungsfragen zu den seinen; insbesondere erklärt der Parteitag die Versorgung der breiten Masse der Bevölkerung für vollständig ungenügend, er verlangt den Abbau der Lebensmittelpreise und betont die Notwendigkeit, daß an die werktätige und minderbemittelte Bevölkerung zu niedrigeren als den Gestehungspreisen Lebensmittel verabsolgt werden, soweit dies die örtlichen Verhältnisse irgend gestatten.

Gegen Preistreibern, Wucher und Schieberereien ist in der nächstloosesten Weise vorzugehen. Bei Aufhebung der Wochende sind rechtzeitig Maßnahmen gegen etwaiges wucherisches Preistreiben zu unternehmen. Jede weitere Verbrauchsabgabe oder Besteuerung der Lebensmittel ist zu vermeiden.

Um den Ertrag des Bodens aufs höchste zu steigern, ist für eine zweckmäßige Bodenverteilung zu sorgen. Ansiedlungen sind durchaus zu begünstigen. Die Einsetzung einer aus Fachmännern bestehenden Agrarkommission ist notwendig, die baldmöglichst ein sozialistisches Agrarprogramm ausarbeitet und es der Parteioffentlichkeit unterbreitet.

Die bisherige Lebensmittelorganisation hat die ausreichende und gleichmäßige Ernährung des Volkes nicht gesichert. Sie sieht in der bisherigen Form polizeilicher Zwangsbewirtschaftung nicht die Gewähr für ausreichende Erfassung der Lebensmittel und erwartet von der Regierung eine Neuorganisation auf folgender Grundlage:

Die Erfassung geschieht einheitlich im ganzen Reichsgebiet nach einer von einer Reichszentrale auf Grund der Erntefläche, Bodenklasse und Ernteschätzung festgestellten Viererungspflicht der Gemeinden. Die Verteilung auf die Verbrauchsgemeinden geschieht nach einem einheitlichen Schlüssel.

Die Bedarfsbefriedigung der Erzeugergemeinden erfolgt grundsätzlich aus den Beständen der betreffenden Gemeinden, der Uberschuß wird auf Anweisung der übergeordneten Erfassungsorganisation an die nächsten Bedarfsgemeinde abgegeben.

Die Bauernschaft ist mehr als bisher über ihre Verpflichtung gegenüber der Gesellschaft aufzuklären. Aus dem Bewußtsein sozialer Pflicht wird der Schleichhandel mehr als bisher unterbunden.

Zur Erfassung der Erzeugnisse innerhalb der Gemeinden werden von und aus den Arbeitern, Angestellten und Beamten Erfassungsorgane gebildet. Die Erfassung bei den Erzeugern liegt einzig und allein in den Händen dieser Erfassungsorganisationen.

In Gemeinschaft mit den Verbrauchsgemeinden des Kreises bilden sie Kreisverbände, die aus sich heraus die Provinzialverbände bilden. Die bilden

die Staats- und diese die Reichszentrale. In allen Körperschaften müssen Vertreter der Regierung mit weitgehenden Einspruchsrechten vertreten sein. Den Erfassungs- und Verteilungsorganisationen stehen Eingriffe in den Produktionsprozeß zu, um die Produktion zu sichern und zu fördern. Sie können unbefehdet des Einspruchsrechts des Besitzers landwirtschaftliche Betriebsinhaber, die ihre Pflicht nicht erfüllen, entschädigungslos enteignen und den Betrieb mit dem gesamten Betriebsmaterial weiterführen.

Die Großbetriebe sind zu verstaatlichen. Zur Durchführung dieser Maßnahme ist die Besetzung der Landratsämter mit Sozialisten erforderlich.

#### Einheitsrepublik.

Der Parteitag spricht sich mit aller Entschiedenheit für die Schaffung der deutschen Einheitsrepublik aus und fordert die Parteigenossen in der Regierung, in der Nationalversammlung und im ganzen Reiche auf, allen partikularistischen Tendenzen wirksam entgegenzutreten.

Die freiheitliche Entwicklung Deutschlands wird jedoch erst gesichert, wenn die Gliederung der Reichs- und Bundesstaaten überwunden sein wird.

Die Wirkungen des Krieges müssen zu einer Verbilligung und damit zur Vereinheitlichung der Verwaltung führen. Aus dem einheitlichen deutschen Wirtschaftsgebiet muß auch das einheitlich geschlossene deutsche Staatswesen erwachsen.

#### Pressfreiheit.

1. Der Parteitag wolle beschließen, daß die Fraktionen der National- und Landesversammlungen sofort darauf hinwirken, daß die Gerichtsverfassung geändert wird, daß als Laienrichter überall Arbeiter zugezogen werden und die Kriegsgerichte abgeschafft werden.

2. Der Parteitag wolle beschließen, auf die Regierung einzuwirken, daß im ganzen Deutschen Reiche die vollständige Rede- und Pressfreiheit, wie sie am 12. November 1918 durch die Volksbeauftragten verkündet worden ist, auch voll und ganz durchgeführt wird.

3. Der Parteitag wolle beschließen, daß die zuständigen sozialdemokratischen Fraktionen auf die Regierung einwirken, daß die Militärverkefstellungen (Gewehrfabriken, Bekleidungsämter usw.) vom Kriegsministerium losgelöst und dem Arbeitsministerium zur weiteren Erhaltung und Umstellung auf wichtige Gebrauchsartikel unterstellt werden.

#### Partei selbständigkeit.

Der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands stellt die eingeschränkte Selbständigkeit der Partei gegenüber der Regierung und den in ihr wirkenden Parteimitgliedern fest.

Der Parteitag verkennt nicht, daß unter der Regierung manches geschehen ist, was berechtigten Anmut erweckt hat, und daß manches unterblieben ist, was auszuführen dringend nötig gewesen wäre. Aber diese Fehlgriffe und Unterlassungen sind nicht entpungen aus dem Mangel an Einsicht, an Tatkraft oder an gutem Willen, sondern sie waren die Folgen schwieriger Verhältnisse, die zu bezwingen bisher nicht gelungen ist.

Der Parteitag spricht deshalb trotz der zu tadelnden Vorkommnisse seinen in der Regierung sitzenden Genossen volles Vertrauen aus. Er erkennt das hohe Maß von Selbstverleugnung an, das sie bewiesen haben durch Uebernahme der Regierung in der Zeit höchster Bedrängnis und lähmendster Verzweiflung des Reiches nach innen und außen. Er dankt ihnen auch für die Hingabe ans Ganze, mit der sie ausgeharrt haben, obwohl sie selbst durch den Erfolg ihrer Arbeit nicht befriedigt sein konnten.

Der Parteitag sichert der Regierung kräftigste Unterstützung bei Durchführung aller Maßnahmen, die zur Verwirklichung unserer Parteiziele und damit zum Wohle des gesamten Volkes ergriffen werden. Die gewaltige Mehrheit des deutschen Volkes wird hinter der Regierung stehen, wenn sie ohne Zaudern und Schwanken die Verwaltung allseits und allenthalben demokratisiert, das Verhältnis von Schule und Kirche zum Staate im Sinne unseres Programms ordnet, im Herrwesen die erforderlichen Reformen durchführt und im Wirtschaftsleben die grundlegenden Veränderungen trifft, die den Forderungen und Möglichkeiten der Zeit entsprechen.

An die Parteigenossen im Reich richtet der Parteitag die Mahnung, bei Beurteilung aller Vorkommnisse stets nur von festgestellten Tatsachen auszugehen und den Umwert von Kritiken zu erkennen, die von verantwortungslosen Seiten nur zu dem Zwecke geübt werden, unsere Partei und ihre Vertreter in der Regierung in den Augen des Volkes als unwürdig des Vertrauens erscheinen zu lassen.

#### Auswärtige Politik.

Der Parteitag spricht seine Enttäuschung über die Zumutungen der Entente aus, dem deutschen Volke einen Gewaltfrieden aufzuzwingen, der die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung des deutschen Volkes unterbindet und ein politisches Dasein unmöglich macht.

Diese Friedensbedingungen erklärt der Parteitag für unvereinbar mit den Grundlagen der Wilsonschen Friedensbedingungen. Sie sind ebenso unvereinbar mit den Richtlinien der internationalen Beschlüsse und Konferenzen in Bern und Amsterdam.

Insbepondere stellt er sich rücksichtslos auf den Boden der Beschlüsse der internationalen Sozialistenkonferenz, die im Februar d. J. in Bern getagt hat. Er begrüßt diese Tagung und den Geist, der sie befeuert hat, als ein hocherfreuliches Zeichen der Wiederanknüpfung der durch den Krieg zerrissenen internationalen Beziehungen der Parteien der sozialistischen Proletariats und der Ermöglichung gemeinsamer Aktionen der sozialistischen Parteien für die großen Interessen des Völkerfriedens und des Befreiungskampfes der Arbeiterklasse. In bezug auf die allgemeinen Ursachen des Weltkriegs haben die Sozialisten der Länder der sogenannten Entente schon im Jahre 1915 folgende Erklärung vereinbart, der sich der Parteitag gern anschließt:

„Die Konferenz denkt nicht daran, die allgemeinen und tiefen Ursachen des europäischen Konflikts zu erkennen, der das ungeheuerliche Produkt ist der Gegensätze, welche die kapitalistische Gesellschaft zerreißt, sowie der aggressiven Kolonial- und imperialistischen Politik, die der internationale Sozialismus nie unterlassen hat zu bekämpfen, und an der alle Regierungen ihr Teil der Verantwortlichkeit haben. Aber der Einsatz der deutschen Armeen in Belgien und Frankreich bedroht die Existenz der Nationen und untergräbt den Glauben an Verträge.“

In bezug auf die Feststellung der persönlichen Verantwortungen für den Ausbruch des Krieges und die Art der Kriegsführung fordert der Parteitag der S. P. D. von der Regierung ein rücksichtsloses Vorgehen.

Er wiederholt zugleich den von der Reichsregierung gemachten Vorschlag, zur Aufhellung der Schuldfrage hinsichtlich der Ursachen des Ausbruchs und der Führung des Weltkrieges einen neutralen Gerichtshof einzusetzen, dem alle Beweismittel vorzulegen und alle Angeeschuldigten ohne Unterschied der Staatsangehörigkeit vorzuführen sind. Eine Auslieferung deutscher Reichsangehöriger an ein einseitig von den Alliierten bestelltes Gericht lehnt der Parteitag als ungerecht und eine unbediente Demütigung Deutschlands ab. Er fordert

ferner, daß in der Frage der Kriegsschäden die verheerende Wirkung des gegen die Nichtkämpfenden, gegen Kranke und Greise, gegen Frauen und Kinder geführten Hungerkrieges gebührend berücksichtigt wird.

Der Parteitag brüdt die bestimmte Erwartung aus, daß Deutschlands Erklärung, die Bedingungen des Bundes zu unterzeichnen, für vollwertig angenommen, die deutsche Republik gleichzeitig mit den übrigen Nationen als gleichberechtigtes Mitglied in den Bund aufgenommen und bei der Feststellung der Grenzen das Selbstbestimmungsrecht der Einwohner gewahrt wird.

Insbepondere legt der Parteitag gegen die ohne Befragung der Bevölkerung geplante Losreißung deutscher Gebiete im Osten und Westen, gegen die Verfälschung des Selbstbestimmungsprinzips im Norden sowie gegen die Verhinderung des Anschlusses der Deutschen Oesterreichs mit Einschluß der Sudetenländer und Südtirols an das Mutterland ernste Verwarnung ein.

Die deutsche Sozialdemokratie ruft die Internationale auf zum Protest gegen den unerhörtesten Gewaltfrieden der modernen Geschichte.

Er protestiert gegen jede Errichtung einer Fremdherrschaft in Deutschland durch Einsetzung von militärischen, Strom- und sonstigen Behörden unter maßgebender Mitwirkung fremder Regierungen.

#### Preussische Gebiete für Großhüringen.

Die Reichsregierung ist aufzufordern, mit allem Nachdruck bei Preußen dahin vorstellig zu werden, daß dieses bei Abtretung preussischer Gebiete, die notwendig sind zur Schaffung eines politisch und wirtschaftlich lebensfähigen Staates Großhüringen, keine Schwierigkeiten bereitet. Der Parteitag hält einen schleunigen Zusammenbruch der hüringischen Kleinstaaten zu einem feinen Aufgaben erwachsenen Staate Großhüringen und damit eine Beseitigung der Zwergstaatengebilde für eine dringende Notwendigkeit.

#### Frauenagitation.

Der Parteivorstand hat die Anstellung und Schulung weiblicher Kräfte in den Vorständen größerer Agitationsbezirke zu fördern und, wenn notwendig, finanziell zu unterstützen.

#### Sozialisierung.

Die ungeheure wirtschaftliche Krise, in die der Krieg nicht nur Deutschland, sondern auch alle anderen wirtschaftlich entscheidenden Länder Europas gestürzt hat, kann nur überwunden werden, wenn es durch sozialistische Maßnahmen gelingt, alle schaffenden Kräfte zu einmütiger, das Einzelinteresse dem Gesamtwohl unterordnender Tätigkeit zu vereinen.

Der Parteitag fordert daher von der parlamentarischen Vertretung der Partei und ihren Regierungsmitgliedern die Sozialisierung, wo sie möglich ist. Wo die Sozialisierung noch nicht möglich ist, ist an Stelle der reinen Privatwirtschaft eine zugunsten der Volksgemeinschaft planmäßig betriebene und gesellschaftlich kontrollierte Volkswirtschaft, (Gemeinwirtschaft) durchzuführen.

Für die allmähliche Ueberführung von Produktionsmitteln in das Eigentum der Gesamtheit empfiehlt sich die Beteiligung des Reichs, die aus Anlaß der Vermögensbesteuerung mit Entschiedenheit durchzuführen ist.

Die Arbeiterchaft muß gleichberechtigt neben dem Unternehmertum mitbestimmend und mitverantwortlich an unserem Wirtschaftsleben mitwirken. Zu diesem Zweck sind außer den regionalen Organisationen (Betriebsarbeiterräte, Bezirkswirtschaftsräte, Reichsarbeiterrat) sachliche Organisationen der deutschen Wirtschaft auf paritätischer Grundlage ins Leben zu rufen, die unter Einziehung von Vertretern der organisierten Verbraucher als Selbstverwaltungskörper zugleich Organe der Gemeinwirtschaft sind.

Die folgenschweren wirtschaftspolitischen Entschlüssen, zu denen die allgemeine Wirtschaftnot Deutschlands, der gebotene Abbau der bisherigen Kriegswirtschaft und die Durchführung eines etwaigen Friedensvertrages Anlaß geben werden, bilden keinen Aufschub in der Durchführung der gemeinwirtschaftlichen Wirtschaftsorganisationen. Der Arbeiterjagat kann nicht zugemutet werden, wirtschaftliche Maßnahmen irgendwelcher Art hinzunehmen, falls ihr nicht ungehäumt ein gleichberechtigender Einfluß auf die Bildung der wirtschaftlichen Entschlüssen eingeräumt wird.

Die Reichsregierung ist zu ermächtigen, in wirtschaftsorganisatorischen Fragen Mehrheitsbeschlüssen der einzelnen Wirtschaftsgruppen verbindliche Kraft für alle zu dieser Wirtschaftsgruppe gehörigen Unternehmungen beizulegen, und ferner zur Vorberatung der paritätischen Selbstverwaltungskörper für alle Wirtschaftsgruppen, für welche dies bisher noch nicht geschehen ist, Sachverständigenräte aus dem Kreise der Arbeitnehmer und Arbeitgeber unter Einziehung von Vertretern der organisierten Verbraucher einzuberufen.

#### Beamte.

Der Parteitag tritt dafür ein, daß ein zuverlässig arbeitendes Berufsbeamtenum erhalten bleibt, welches uneingeschränkt von politischen Ereignissen seine Dienste dem Wohle der Allgemeinheit zu widmen hat. Die wohlverordneten Rechte der Beamten sind deshalb zu gewährleisten.

Ferner verlangt der Parteitag, daß das freie Koalitionsrecht, wie es jedem Staatsbürger zusteht, den Beamten in keiner Weise eingeschränkt werden darf.

In Anbetracht der besonderen Stellung, welche die Beamten im Staatswesen einnehmen, und der verderblichen Wirkungen, die ein Beamtenstreik mehr als jeder andere Streik im Gefolge haben kann, verlangt der Parteitag, daß die Beamten, ehe sie ihre Tätigkeit einstellen, alle Mittel restlos erschöpfen, die zur Erfüllung ihrer berechtigten Forderungen geeignet sind. Um dies zu erreichen, ist mit Beschleunigung ein entsprechendes Schlichtungs- und Schiedsverfahren zu schaffen.

Beim Aufbau des neuen Rechts, welches bestimmt ist, die dienstlichen, Befordungs- und Disziplinarverhältnisse der Beamten zu regeln, sollen die Beamtenkammern und -ausschüsse und auch die Beamtengewerkschaften zur Mitarbeit herangezogen werden.

Bzüglich der Offenlegung der Personalakten tritt der Parteitag dafür ein, daß es jedem Beamten gestattet wird, die ihn betreffenden Akten im Originalzustand einzusehen. Vor der Einsichtnahme dürfen keine Veränderungen an ihrem Inhalt vorgenommen werden.

Der Parteitag ersucht die Genossen in der Regierung, nachdrücklich dahin zu wirken, daß der Aufstieg fähiger Beamten in höhere Stellen alsbald in die Tat umgesetzt wird. Bureauftragsliche oder kleinliche Bedenken dürfen diese Reform weder verhindern noch erschweren.

#### Leviné.

Der Parteitag bedauert aufs tiefste, daß es den Parteigenossen im bayerischen Ministerium nicht gelungen ist, die Hinrichtung Levinés zu verhindern, und fordert sie auf, mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß dem jungen Toller das gleiche Schicksal erspart bleibt.

#### Saargebiet.

Für den Fall, daß der Friedensvertrag die Loslösung des Saargebietes von Deutschland auf eine bestimmte Zeit enthält, wird sich für die dortige Partei das jetzige Verhältnis der Zugehörigkeit zur deutschen Gesamtpartei nicht aufrechterhalten lassen.

Die Parteigenossinnen und -genossen im Saargebiet würden sich nur mit dem Gefühl der Trauer in ein derartiges Geschick fügen, von der starken deutschen Mutterpartei losgerissen zu werden, der das deutsche Proletariat seine nach jahrzehntelangem, heißem Ringen endlich erfolgte Befreiung von den Fesseln des Kapitalismus, der Junker- und Polizeiherrschaft dankt.

Ebenjotomoh wie dem ganzen deutschen Volke werden die Sozialdemokraten des Saargebietes in diesem schlimmsten Falle der deutschen Partei die Anhänglichkeit in Traue bewahren, in der festen Hoffnung, in ihr auch dann noch den geistigen Nährboden zu haben, aus dem sie die Kraft zu schöpfen vermögen, ihre sozialistische Mission im Sinne und Geiste der deutschen Mutterpartei zu erfüllen.

Wir ersuchen daher den Parteitag, den Parteivorstand zu beauftragen, im Falle der Loslösung des Saargebietes kein Mittel unversucht zu lassen, die organisatorischen Beziehungen mit der Parteiorganisation des Saargebietes nach Möglichkeit aufrechtzuerhalten.

#### Todesstrafe.

Die Fraktion der Nationalversammlung wird beauftragt, sofort ein Gesetz zu verlangen, welches die Abschaffung der Todesstrafe festsetzt.

#### Kriegsgefangene.

Der Parteitag der S. R. D. entbietet den deutschen Volksgenossen, die sich in Kriegsgefangenschaft befinden, brüderliche Grüße.

Der Parteivorstand und die Regierung werden beauftragt, alle geeigneten und möglichen Schritte zu unternehmen, um die traurige Lage unierer gefangenen Brüder zu erleichtern und darauf hinzuwirken, daß ihre Freilassung sofort nach Unterzeichnung des Friedensvertrages erfolgt.

#### Letten und Estland.

Der Parteitag fordert, daß die von den lettischen und estnischen sozialistischen Parteien über die Uebergriffe deutscher Truppenführer und Truppen mitgeteilten Behauptungen schnelligst nachgeprüft und die Schuldigen zur Rechenschaft gezogen werden.

Der Parteitag verurteilt alle Uebergriffe gegen die rechtmäßigen Volksregierungen Lettlands und Estlands. Das Selbstbestimmungsrecht des lettischen und estnischen Volkes muß in jeder Weise gewahrt werden.

Er fordert ferner, daß die noch im Baltikum stehenden deutschen Truppen schnelligst zurückgezogen werden. Die Kampfhandlungen sind sofort einzustellen, da für die Zwecke baltischer Junker kein Tropfen deutschen Blutes vergossen werden darf. Gegenüber den Ententeregierungen hat die deutsche Regierung auf der schnelligsten Zurückziehung der deutschen Truppen zu bestehen.

Der Parteitag erwartet weiter, daß die Regierung alle zulässigen Mittel anwendet, um das Ueberlaufen deutscher Soldaten zur baltischen Landwehr zu verhindern, das seit Mitte Mai eingesetzt hat. Offiziere, denen eine Begünstigung dieser Ueberläuferei nachgewiesen werden kann, sind sofort zu entlassen.

Die deutschen Soldaten sind ferner darüber aufzuklären, daß sie sich im Falle des Ueberlaufens nicht nur des Schutzes der deutschen Republik begeben, sondern im Falle späterer Rückkehr auch der Gefahr der Bestrafung wegen Ueberlaufens aussetzen. Die Soldaten sind vor den Landverprechungen zu warnen, da das lettische Volk nach dem Kriege eine Anstellungspolitik nicht dulden wird, die in irgendeiner Form eine Wiederaufrichtung der Vormachtstellung der Junker im Baltikum ermöglichen würde.

**Spandauer Heereswerkstätten.**

Der Parteitag wolle beschließen: Der Haushaltsausschuß der verfassunggebenden Nationalversammlung hat den Beschluß gefaßt, die Spandauer Heereswerkstätten, soweit sie wieder arbeitsfähig gemacht werden können, auf Friedensarbeit umzustellen und vom Reichsstaatsamt in Betrieb nehmen zu lassen.

Entgegen diesem Beschluß hat das Reichsstaatsamt bisher so gut wie nichts getan, um die erforderlichen Aufträge heranzuziehen, sondern sie fast restlos, einschließlich der Staatsaufträge, der Privatindustrie zufließen lassen.

Der Parteitag nimmt von diesen Vorgängen Kenntnis und fordert die Fraktion sowie die sozialdemokratischen Mitglieder der Reichsregierung auf, alles daranzusetzen, daß die Verwaltung der Heereswerkstätten dem Reichsstaatsamt entzogen und dem Reichswirtschaftsministerium übertragen wird.

**Gegen Gewalttaten.**

Der Parteitag verurteilt einmütig alle Gewalttaten, ob sie von reaktionärer oder radikaler Seite erfolgen, und verlangt, daß auch gegen die Attentäter und Mörder, denen unsere Genossen Auer und Neuring zum Opfer gefallen sind, rücksichtslos vorgegangen wird.

**Rätefrage.**

Der Parteitag erklärt sich mit den Leitsätzen der Genossen Dr. Singheimer und Ragenstein einverstanden und beauftragt den Parteivorstand, im Sinne dieser Leitsätze für eine umfassende Aufklärung zu sorgen und die weitere Entwicklung des Rätegedankens zu fördern.

**Organisationsstatut****der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.**

Nach den Beschlüssen des Parteitags in Weimar.

**Parteizugehörigkeit.**

§ 1. Zur Partei gehört jede Person, die sich zu den Grundsätzen des Parteiprogramms bekennt und Mitglied der Parteiorganisation ist.

**Gliederung.**

§ 2. Die Grundlage der Organisation bildet der sozialdemokratische Bezirksverband, der vom Parteivorstand nach politischer Zweckmäßigkeit abgegrenzt wird. Der Bezirksverband gliedert sich in Ortsvereine, die durch den Bezirksverband in Unterbezirke zusammengelegt werden können. Zur Durchführung der Organisationsarbeit und politischer Aktionen kann das Gebiet jedes Ortsvereins in Agitationsgruppen gegliedert werden; daneben sind für industrielle Betriebe, private und staatliche Werke und Anstalten Organisationseinrichtungen zu treffen. Jedes Parteimitglied muß der für seinen Wohnort zuständigen Organisation angehören. Doppelmitgliedschaften sind unzulässig.

§ 3. Die Bezirksverbände haben die Parteigeschäfte selbständig nach eigenen Statuten zu führen, die mit dem Organisationsstatut der Gesamtpartei nicht im Widerspruch stehen dürfen. In Ländern mit mehreren Bezirksverbänden können diese zur Erledigung landespolitischer Fragen zusammenarbeiten.

§ 4. Das Eintrittsgeld beträgt 50 Pf., das voll den Bezirken verbleibt. Der wöchentliche Mindestbeitrag beträgt für männliche Mitglieder 20 Pf. und für weibliche Mitglieder 15 Pf. Die Bezirksverbände sind berechtigt, für ihren Bezirk oder einzelne Ortsvereine höhere Beiträge zu erheben. Mitgliedern der Jugendorganisation und invaliden Parteimitgliedern kann auf Antrag durch den Bezirksvorstand Beitragsermäßigung oder Befreiung gewährt werden. In rein ländlichen Gebieten kann auf Antrag und mit Zustimmung des Parteivorstandes der wöchentliche Beitrag für männliche Mitglieder auf 15 Pf., für weibliche Mitglieder auf 10 Pf. festgesetzt werden. Mindestens 25 Proz. aller erhobenen Mitgliederbeiträge sind quartalsmäßig an die Zentralkasse abzuführen. Die Kassenführung der Organisationen in allen ihren Teilen erfolgt nach einheitlichen Grundsätzen, die vom Parteivorstand festgelegt werden. Die Abrechnung der Bezirksverbände mit dem Parteivorstand muß innerhalb zweier Monate nach Quartalschluß erfolgen.

Zur Deckung der Ankosten zentraler Einrichtungen für die Parteipresse haben alle Parteiunternehmungen geschäftlicher Art jährlich 20 Proz. ihres Reingewinns an die Zentralkasse abzuführen.

**Berichterstattung.**

§ 5. Das Geschäftsjahr der Partei läuft vom 1. April bis 31. März. Den Jahresbericht über die Tätigkeit, die politische und wirtschaftliche Lage im

Bezirk und die Verwendung der vom Parteivorstand überwiesenen Materialien und Gelder haben die Bezirksverbände nach dem vom Parteivorstand gelieferten Formular bis zum 31. Mai jedes Jahres zu erfüllen.

#### Parteitag.

§ 6. Der Parteitag bildet die oberste Vertretung der Partei. Zur Teilnahme an ihm sind berechtigt:

1. Die Delegierten der Partei aus den einzelnen Bezirksverbänden. Die Wahl der Delegierten erfolgt nach der Mitgliederzahl. Es können gewählt werden: in Bezirken bis zu 10 000 Mitgliedern 5 Delegierte, bis zu 13 000 Mitgliedern 6 Delegierte, bis zu 17 000 Mitgliedern 7 Delegierte, bis zu 22 000 Mitgliedern 8 Delegierte, bis zu 28 000 Mitgliedern 9 Delegierte, bis zu 35 000 Mitgliedern 10 Delegierte, bis zu 45 000 Mitgliedern 11 Delegierte; für jede weitere 15 000 Mitglieder ein Delegierter mehr. In Bezirken über 60 000 Mitglieder wird die Restzahl als voll berechnet, wenn sie 10 000 Mitglieder übersteigt;

2. eine Vertretung der Reichstagsfraktion, die ein Fünftel der Zahl ihrer Mitglieder nicht übersteigen darf;

3. die Mitglieder des Parteivorstandes, des Parteausschusses und der Kontrollkommission;

4. die vom Parteivorstand berufenen Referenten.

Die Mitglieder der Reichstagsfraktion haben in allen die parlamentarische und die Mitglieder des Parteivorstandes und des Parteausschusses in allen die geschäftliche Leitung der Partei betreffenden Fragen nur beratende Stimme. Nur beratende Stimme haben auch die vom Parteivorstand hinausgehenden Vertreter von Parteistatuten.

§ 7. Der Parteitag prüft die Legitimationen seiner Teilnehmer, wählt seine Leitung und bestimmt die Geschäftsordnung.

Zur Gültigkeit der Beschlüsse des Parteitages ist die absolute Mehrheit der stimmberechtigten Anwesenden erforderlich.

§ 8. Alljährlich findet ein Parteitag statt, der von dem Parteivorstand einberufen ist.

Hat der vorhergehende Parteitag über den Ort, an welchem der nächste Parteitag stattfinden soll, keine Bestimmung getroffen, oder kann in dem vom Parteitag bestimmten Ort der Parteitag nicht tagen, so hat der Parteivorstand nach Anhörung des Parteausschusses den Ort zu bestimmen.

§ 9. Die Einberufung des Parteitages muß spätestens vier Wochen vorher mit der vorläufigen Tagesordnung im Zentralorgan der Partei veröffentlicht werden. Diese Veröffentlichung ist mindestens dreimal in angemessenen Zwischenräumen zu wiederholen.

Anträge von Parteistatuten für die Tagesordnung des Parteitages sind dem Parteivorstand einzureichen, der sie spätestens drei Wochen vor dem Parteitag im Zentralorgan der Partei zu veröffentlichen hat.

§ 10. Zu den Aufgaben des Parteitages gehören:

1. Entgegennahme der Berichte über die Geschäftstätigkeit des Parteivorstandes und der Kontrollkommission sowie über die parlamentarische Tätigkeit der Reichstagsabgeordneten;

2. die Bestimmung des Ortes, an dem der Parteivorstand seinen Sitz zu nehmen hat;

3. die Wahl des Parteivorstandes und der Kontrollkommission;

4. die Beschlussfassung über die Parteioorganisation und alle das Parteileben berührenden Fragen;

5. die Beschlussfassung über die eingegangenen Anträge.

§ 11. Ein außerordentlicher Parteitag ist einzuberufen:

1. auf mit Dreiviertelmehrheit gefassten Beschluss des Parteivorstandes;

2. auf mit Dreiviertelmehrheit gestellten Antrag der Kontrollkommission;

3. auf Antrag von mindestens 15 Bezirksverbänden.

Falls der Parteivorstand sich weigert, einem nach Ziffer 2 oder 3 gestellten Antrage stattzugeben, ist der Parteitag von den Antragstellern zu berufen. Als Versammlungsort eines außerordentlichen Parteitages ist ein geographisch möglichst günstig gelegener Ort zu bestimmen.

§ 12. Die Einberufung des außerordentlichen Parteitages muß spätestens vierzehn Tage vorher im Zentralorgan der Partei in wenigstens drei aufeinanderfolgenden Nummern mit Angabe der Tagesordnung veröffentlicht werden.

Anträge der Parteistatuten sind spätestens 5 Tage vor der Abhaltung des Parteitages im Zentralorgan zu veröffentlichen.

Im übrigen gelten für die außerordentlichen Parteitage dieselben Bestimmungen wie für die ordentlichen Parteitage. (§§ 6 und 7.)

#### Parteivorstand.

§ 13. Die Leitung der Partei obliegt dem Parteivorstand, der aus zwei Vorsitzenden, zwei Kassierern, einem vom Parteitag festzusetzenden Zahl von Mitgliedern und unbesoldeten Beisitzern besteht und dem mindestens zwei Frauen angehören müssen. Die Mitglieder des Parteivorstandes sind berechtigt, sich gegenseitig zu vertreten.

Die Wahl des Parteivorstandes erfolgt durch den Parteitag mittels Stimmzettels in einem Wahlgang und nach absoluter Mehrheit. Hat ein Kandidat die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen nicht erhalten, so findet Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten statt, auf die die meisten Stimmen gefallen sind. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

Nach erfolgter Wahl hat der Parteivorstand seine Konstituierung vorzunehmen und sie im Zentralorgan der Partei zu veröffentlichen.

§ 14. Der jeweilige Parteivorstand ist Eigentümer aller vorhandenen Gelder und sonstigen Vermögensstücke. Er ist insbesondere berechtigt, im eigenen Namen und aus eigenem Recht alle der Sozialdemokratischen Partei zustehenden Ansprüche gegen die Schuldner geltend zu machen.

Der Parteivorstand oder die Kontrollkommission können durch keinerlei Rechtsgeschäfte die einzelnen Parteigenossen oder die Partei verbindlich machen. Auch erwirbt kein Parteigenosse oder ein anderer durch Verträge mit dem Parteivorstand oder der Kontrollkommission ein klagbares Recht gegen diese oder ihre Mitglieder.

§ 15. Kein Parteigenosse hat ohne ausdrücklichen Beschluss des Parteitages ein klagbares Recht, die Geschäftsbücher oder Papiere des Parteivorstandes, des Parteausschusses, der Kontrollkommission oder der Partei einzusehen oder sich aus ihnen Abschriften oder Auszüge anzufertigen oder eine Auskunft oder Uebersicht über den Stand des Parteivermögens zu verlangen.

Hierdurch wird das Recht der Delegierten, während der Tagung des Parteitages Einsicht in die Bücher zu nehmen, nicht berührt.

§ 16. Der Parteivorstand besorgt die Geschäfte der Partei und kontrolliert die prinzipielle Haltung der Parteistatuten.



Der Parteivorstand hat das Recht, auf Antrag der beteiligten Organisationen bei Differenzen, die bei Aufstellung von Reichstagskandidaten entstehen, zu entscheiden.

#### Parteiausschuß.

§ 17. Der Parteiausschuß besteht aus je einem Vertreter der Bezirksverbände. Die Vertreter werden von den Bezirksvorständen für die Dauer eines Jahres gewählt. Im Behinderungsfalle ist ein Stellvertreter zu entsenden. In den Parteiausschuß entsenden die Bezirksorganisationen, welche mehr als 10 000 weibliche Parteimitglieder umfassen, außerdem ein weibliches Mitglied.

§ 18. Der Parteiausschuß berät gemeinsam mit dem Parteivorstand über wichtige, die Gesamtpartei berührende politische Fragen, über die Einrichtung zentraler Parteiministerien, die die Partei finanziell dauernd erheblich belasten, über die Festsetzung der Tagesordnung des Parteitag sowie die Bestellung der Referenten und gibt durch Beschluß sein Gutachten ab.

§ 19. Regelmäßig alle Vierteljahre und im Bedarfsfalle auch häufiger ist der Parteiausschuß vom Parteivorstand unter Angabe der Tagesordnung zu einer Sitzung zu berufen. Eine außerordentliche Sitzung muß stattfinden, wenn ein Drittel der Bezirksvorstände unter Angabe der Gründe dies beantragt. Weigert sich der Parteivorstand, eine ordnungsmäßig beantragte Sitzung zu berufen, dann kann sie durch die Antragsteller einberufen werden. Die Einberufung des Parteiausschusses soll in der Regel mindestens fünf Tage vor den Sitzungstagen erfolgen.

Scheidet ein Mitglied des Parteivorstandes oder der Kontrollkommission vorzeitig aus, so hat der Parteiausschuß nach Anhörung des Parteivorstandes und der Kontrollkommission eine Ersatzwahl vorzunehmen.

#### Kontrollkommission.

§ 20. Zur Kontrollierung des Parteivorstandes sowie als Berufungsinstanz für Beschwerden über den Parteivorstand wählt der Parteitag eine Kontrollkommission von neun Mitgliedern.

Die Wahl erfolgt nach einfacher Mehrheit. Bei gleicher Stimmengahl entscheidet das Los. Zur Leitung ihrer Geschäfte wählt die Kontrollkommission einen Vorsitzenden, der Ort und Zeit der Sitzungen bestimmt, soweit die Kontrollkommission nicht darüber beschließt.

Die Kontrolle muß mindestens vierteljährlich einmal stattfinden.

Alle Einsendungen für die Kontrollkommission sind an den Vorsitzenden derselben zu richten, der seine Adresse im Zentralorgan der Partei mitzuteilen hat.

Auf Antrag der Kontrollkommission oder des Parteivorstandes finden gemeinsame Sitzungen statt.

#### Zentralorgan der Partei.

§ 21. Zentralorgan der Partei ist der „Vorwärts“, Berliner Volksblatt. Die offiziellen Bekanntmachungen sind an hervortragender Stelle des redaktionellen Teils zu veröffentlichen.

§ 22. Zur Kontrolle der prinzipiellen und taktischen Haltung des Zentralorgans sowie zur Verwaltung desselben wählen die Parteigenossen Berlins und der Vororte eine Pressekommision, die aus höchstens 15 Mitgliedern bestehen darf.

Die Pressekommision entscheidet in Gemeinschaft mit dem Parteivorstand über alle Angelegenheiten des Zentralorgans, insbesondere über Anstellungen und Entlassungen im Personal der Redaktion und Expedition. Bei Meinungs-

verschiedenheiten zwischen dem Parteivorstand und der Pressekommision entscheiden die Kontrollkommission, der Parteivorstand und die Pressekommision in der Art mit gleichen Rechten, daß jedes dieser drei Organe eine Stimme hat.

#### Ausschluß.

§ 23. Zur Partei kann nicht gehören, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms oder einer ehrlosen Handlung schuldig macht.

Auch kann der Ausschluß eines Mitgliedes erfolgen, wenn es durch beharrliches Zuwiderhandeln gegen Beschlüsse seiner Parteiorganisation oder der Parteitage das Parteinteresse schädigt.

Zur Partei kann ferner nicht gehören, wer einer anderen politischen Partei als Mitglied angehört oder eine solche finanziell unterstützt.

Ueber die Zugehörigkeit zur Partei entscheidet der Vorstand der zuständigen Bezirksorganisation.

Der Ausschluß darf nur von einem Ortsverein — mit Zustimmung des Angeeschuldigten auch vom Vorstand des Ortsvereins — beantragt werden. Die Zustellung des Beschlusses und dessen eventueller Bekanntgabe erfolgt durch den Bezirksvorstand.

§ 24. Gegen die Entscheidung des Vorstandes der Bezirksorganisation können die Beteiligten innerhalb vier Wochen nach Zustellung des Beschlusses beim Parteivorstand die Einscheidung eines Schiedsgerichts beantragen.

Das Schiedsgericht besteht aus sieben Personen. Den Vorsitzenden bezieht der Parteivorstand. Je drei Weisiger wählt der Angeeschuldigte und die antragstellende Organisation, wobei die Auswahl auf die Parteigenossen des Bezirksverbandes zu beschränken ist, dem der Angeeschuldigte angehört. Unterläßt es der Angeeschuldigte, innerhalb einer vom Parteivorstand zu bestimmten Frist, die mindestens vier Wochen betragen muß, Schiedsrichter zu ernennen, so gilt ohne weiteres der Beschluß des Bezirksvorstandes. Erscheint der Angeeschuldigte ohne genügende Entschuldigun nicht zu dem festgesetzten Termin, so haben die Instanzen das Recht, in Abwesenheit des Angeeschuldigten zu beschließen.

Die Zustellung des schriftlichen Urteils sowie dessen eventuelle Bekanntgabe erfolgt durch den Parteivorstand.

Handelt es sich in einer Sache um mehrere Angeeschuldigte aus einer Organisation, so hat der Parteivorstand das Recht, die Sache vor ein Schiedsgericht zu bringen.

§ 25. Gegen die Entscheidung des Schiedsgerichts steht den Beteiligten die Berufung an den nächsten Parteitag zu. Die Berufung muß spätestens vier Wochen nach Zustellung des Urteils dem Parteivorstand eingereicht sein.

§ 26. Der Ausschluß aus der Partei in Fällen des § 23 Abs. 1 darf nur im Wege des vorstehend festgesetzten Verfahrens erfolgen. — Alle Instanzen sind berechtigt, sofern sie nicht dauernden Ausschluß aus der Partei aussprechen, auf zeitweise Ausschließung von Vertrauensämtern zu erkennen und Rügen zu erteilen. Auch gegen diese Entscheidungen steht den Beteiligten das Recht der Berufung zu.

Die Organisationen haben das Recht, auch ohne Ausschlußantrag eine Untersuchungskommission gegen ein Mitglied einzusetzen. Gegen die Entscheidungen steht den Beteiligten das Einspruchsrecht nach den Bestimmungen der §§ 24 und 25 zu.

§ 27. Mit dem Tode, dem Austritt oder der Ausschließung aus der Partei verliert der frühere Parteigenosse jedes Recht, das er etwa gegen die Partei, gegen den Parteivorstand, gegen die Kontrollkommission oder gegen einzelne Parteigenossen aus seiner Parteimitgliedschaft erworben hat.

#### Wieberaufnahme.

§ 28. Der Antrag auf Wieberaufnahme eines aus der Partei Ausgeschlossenen ist an den Vorstand der Bezirksorganisation des Wohnortes des Ausgeschlossenen zu richten. Vor der Entscheidung ist die Organisation, die den Ausschluß beantragt hatte, zu hören.

Gegen diese Entscheidung steht dem Antragsteller sowohl wie der Organisation, die den Ausschluß beantragt hatte, Berufung an den nächsten Parteitag zu. Die Berufung ist so zeitig beim Parteivorstand anzumelden, daß sie mit den übrigen an den Parteitag gestellten Anträgen veröffentlicht werden kann.

#### Änderung der Organisation.

§ 20. Änderungen an der Organisation der Partei können nur durch einen Parteitag vorgenommen werden.

Anträge auf Änderung der Organisation können nur beraten werden, wenn sie innerhalb der Fristen, die die §§ 9 und 10 vorschreiben, veröffentlicht worden sind.

Eine Abweichung von der letzten Bestimmung ist nur dann zulässig, wenn mindestens drei Viertel der anwesenden Vertreter auf einem Parteitag sich für die Abweichung entscheiden.

## Präsenzliste des Parteitages.

Name	Wohnort	Bezeichnung des Wahlkreises oder der Stellung in der Partei, die nach dem Organisationsstatut zur Teilnahme berechtigt
Abels, August	Karlsruhe	Karlsruhe-Bruchsal
Agos, Gustav	Stolberg i. Harz	Sangerhausen
Alpers, Hugo	Delitzsch	Delitzsch-Bitterfeld
Anderich, Richard	Königsberg i. Pr.	Königsberg i. Pr.
André, Ernst	Hannover	8. hannoverscher Wahlkreis
Anfänge, Marie	Neu-Saizbrunn	Waldenburg i. Schlesien
Abel, Wilhelm	Erfurt	Erfurt-Schleusingen
Arning, Marie	Duisburg	Duisburg-Mülheim
Kuersbad, Karl	Honig, Str. Groß- Warfenberg	Dis
Partels, Friedrich	Berlin	Partei Vorstand
Barth, Adolf	Senftenberg	Kalau-Ludau
Bauer, Albert	Schramberg	Freudenstadt-Horb
Bauer, Gustav	Berlin	Mitglied der Nationalversammlung
Baufinger, Adolf	Hechingen	Hohenzollern
Baur, Frau M.	Hamburg	Hamburg
Bed, Elise	Sleiwitz	Sleiwitz-Lost-Lublinitz
Beders, Hugo	Thorn	Thorn-Gulm-Bielefen
Beders, H.	Sleiwitz	Mitglied der Nationalversammlung
Begier, J.	Hamburg	Hamburg
Beinländer, Friedrich	Brandenburg	Westhavelland
Bender, Ferdinand	Berlin	Mitglied der Nationalversammlung
Benter, Ernst	Breslau	(Stadt)
Berger, Otto	Halberstadt	Dickersieben-Halberstadt
Bernstein, Eduard	Berlin-Schöneberg	Leitow-Besikow
Bertschuß		Memel
Beuschhausen, W.	Alfeld	Bildesheim, 10 Hannover
Bias, Anton	Deutcher (D.-Schl.)	Mitglied der Nationalversammlung
Bieber, J.	Hamburg-Hoisdüffel	Hamburg-Hoisdüffel
Billan, Albert	Riel	7. schleswig-holsteinischer Wahlkreis
Biale, Theresje	Mannheim	11. badischer Wahlkreis
Blos, Anna	Stuttgart	Mitglied der Nationalversammlung
Bohm-Schuch, Clara	Arnberg	:
Bollmann, Wilma	Magdeburg-Halberstadt	:
Boerschmann, Fr.	Bartenstein (Ohrpr.)	:
Böje, Heinrich	Chstorf	Alten-Lüchow
Brandenburg, Ernst	Stendal	Stendal-Osterburg
Brandes, Wilhelm	Bremerhaven	Gesfemünde-Neuhans
Brauer, M.	Ottensen	6. schleswig-holsteinischer Wahlkreis
Braun, Adolf	Nürnberg	Mitglied der Nationalversammlung
Braun, Otto	Berlin	Partei Vorstand
Braune, Ernst	Pineburg	16. hannoverscher Wahlkreis
Brehmer, Karl	Rostock	Rostock
Bremer, Theresia	Hannover	8. hannoverscher Wahlkreis
Brennede, Otto	Frankfurt a. M.	Frankfurt a. M.
Bretthorst, Heinrich	Brieg	Brieg-Ramstau
Breh, H.	Hannover	Kontrollkommission
Bromme, William	Lübeck	Lübeck
Brückner, Eugen	Berlin	Friedberg-Arnswalde
Brühne, Fr.	Frankfurt a. M.	Kontrollkommission
Budde, Emald	Lüdenscheid	Altena-Verlohn
Buhl, Karl	Leipzig	Leipzig-Stadt
Burmann	Greifswald	Greifswald

Name	Wohnort	Bezeichnung des Wahlkreises oder der Stellung in der Partei, die nach dem Organisationsstatut zur Teilnahme berechtigt
Cohen, Max Cunow, Heinrich	Neu-Babelsberg Berlin	Referent „Neue Zeit“
David, Eduard Davidson, Georg Dehne, S. Dels, Heinrich Dettmann, Friedrich Dewitz, Ernst Diesbach, Wilhelm Dietrich, Otto Dietrich, Karl Dittmer, Emil Doob, Hermann Dörge, Hans Dornweg, Andreas Dreger, Alfred Dröner, Ernst Duaß, Joseph Düren, Emmerich	Berlin Berlin Stadthagen Darmstadt Neustettin Neuwied Wiltrow Falkenberg (Bez. Halle) Breslau Berlin Rüstringen Landshut Lübeck Waldenar Münster i. W.	Mitglied der Nationalversammlung Grünberg-Freystadt Schaaumburg-Lippe Darmstadt-Gr.-Gerau Neustettin Neuwied Wiltrow-Ribitz Lorau-Liebenwerda Mitglied der Nationalversammlung Berlin Parteiausschuß Rienburg a. Weser Landshut Lübeck Parteiausschuß Koblenz-St. Goar Münster-Coesfeld
Eberle, S. Ege, Tina Eggerstedt Ehrent, Paul Ehrenberger, Ludwig Eichenmüller, Mt. Eichholz, Emil Eichenroth, S. Eckermann, Heinrich Emanuel, Leopold Endmann, Frau Tina Engelmann, Rich. Engländer, Dr. Enßlin, Otto Eng, Wilhelm Ernst, Eugen Ewald, Ferdinand	Görlitz Frankfurt a. M. Kiel Dessau Regensburg Mürnberg Glabbeek i. W. Hamburg Magen b. Anna Wpolda Weddinghausen Nöblich Stallupönen Sonthelm Barmen Berlin Berlin	Bunzlau-Lüben Weßlar 7. sächsisch-holsteinischer Wahlkreis Ursalt 1 Regensburg Mürnberg Vorien-Weddinghausen Hamburg Samm-Soest Weimar 1 Vorien-Weddinghausen Schopau Gumbinnen 3. württembergischer Wahlkreis Elberfeld-Barmen Partei-Vorstand Berlin
Feldmann, Franz Feldges, Mathias Feller, S. Fellisch, Alfred Finkel, Julius Finsel, Konrad Fischer, Richard Fischer, Th. Fischer (Hannover) Frank, Otto Franz, Helene Frenz, Karl Fritsch, Otto Frohme, Karl Fugmann, Gustav Führmann, Karl	Oberlangendtelau Trier Görlitz Chemnitz Herford Erling Berlin Berlin Hannover Berlin Breslau Waldburg i. Schl. Regnitz Hamburg Gera (Neuh) Wichaffenburg	Mitglied der Nationalversammlung Berlin-Daum-Bernstorf Görlitz-Laudan 16. sächsischer Wahlkreis Herford-Halle Erling-Marienburg Berlin Parteiausschuß Mitglied der Nationalversammlung Berlin Berlin Breslau (Stabs), Ost-West Waldburg Regnitz Mitglied der Nationalversammlung Neuh Wichaffenburg
Ganzer, Jakob Ganz, Heinrich Gaulke, Fritz Gehhardt, Magnus Gehrmann, Karl Giesel, Karl	Gemfeld (Baden) Neuerbach Weßel Burg Harburg Kottbus	14. bairischer Wahlkreis Stuttgart Ndrz-Nees Terschow I, II Harburg Mitglied der Nationalversammlung

Name	Wohnort	Bezeichnung des Wahlkreises oder der Stellung in der Partei, die nach dem Organisationsstatut zur Teilnahme berechtigt
Gieser, D. Göhrer, Max Goeringer Gompfer, August Groger, Max Göller, Heinrich Göppner, Georg Graf, D. Grelling, Dr., Kurt Grühl, Max Grün, Heinrich Grünberg, Helene Gruenwaldt, L. Günther, Max Günther, Oskar	Gannstatt Rosenberg (Ober-Plalz) Köln Obertürkheim Frankfurt a. M. Stempfen Worzhelm Göttingen Kirchheim u. L. Graudenz Nürnberg Hamburg Bernburg Bautzen	2. württembergischer Wahlkreis 2. württembergischer Wahlkreis St. Goarshausen Nimmensdorf 9. bairischer Wahlkreis Göttingen Göttingen Graudenz-Strasburg Nürnberg-Altorf Kontrollkommission Bernburg-Cöthen 3. sächsischer Wahlkreis
Gahn, Oswald Gahn, Karl Gahnjen, Louis Gammann, Max Gammann, Frau Gänchen, Ernst Gansmann, Heinrich Gansmann, Rudolf Gannig, Martin Gänßel, Hermann Garcis, Julius Gartstein Gartwig, Theodor Gefenack, Ludwig Gaulke, Frieda Gaulke, Paul Geider, Adolf Geim, Otto Geimann, Hugo Geimede, Franz Geimich, Otto Geimrich, Robert Geitze, Gustav Geitze, S. Gellers, Rosa Gellmann, C. August Gellinger, Otto Gengsbach Al. Gensler, Fritz Gens, Karl Gerling, Wilhelm Germes Gerwig, Richard Gerschke, Karl Gierl, Michael Gildenbrand, Karl Gilge, Jakob Goh, Gustav Gohmann Göts, Else Goin, Richard Goppe, Martha Gopfbach, Friedrich Göbner, Albert Göfmeier, C. Güßle, Karl	Neugersdorf (Sachsen) Mannheim Magdeburg Dresden Witten Guben Eichlingshofen Dromberg Küstrin Pitzau Stuttgart Schweß Stettin Erbach Kattowitz Kattowitz Gleiwitz Friedrichsorf Berlin Güsten Berlin Berlin Großschain Lingen a. Emß Garmeln Hamburg Forst Köln a. Rh. Dortmund Hamburg Eisenforde Kastrop Reiffe Berlin Schwabach Hamburg Herne Hanau Saalfeld a. Saale Stettin Umburg a. Lahn Berlin Schwege Jaström Hamburg Oberhausen (Ahlb.)	11. bairischer Wahlkreis Magdeburg 5. sächsischer Wahlkreis Bodum-Wiedinghausen Guben-Lübben Mitglied der Nationalversammlung Dromberg Königsberg (Neumark) 1. sächsischer Wahlkreis 1. württembergischer Wahlkreis Schweß Stettin Mitglied der Nationalversammlung Dppeln Kattowitz-Gindenburg Gleiwitz Schleswig-Adernförde Mitglied der Nationalversammlung Bernburg-Cöthen Geschäftsführer des „Vorwärts“ Botsdam-Litthavelland 7. sächsischer Wahlkreis Meißen-Miesä 3. hannoverscher Wahlkreis 9. hannoverscher Wahlkreis Mitglied der Nationalversammlung Sorau-Forst Kontrollkommission Dortmund-Hörde Mitgl. d. Nat.-Verl., 87. Bezirk Gelle-Heine Kastrop Reiffe Berlin Schwabach Hamburg Herne Hanau Saalfeld a. Saale Stettin Umburg a. Lahn Berlin Schwege Jaström Hamburg Duisburg-Mülheim

Name	Wohnort	Bezeichnung des Wahlkreises oder der Stellung in der Partei, die nach dem Organisationsstatut zur Teilnahme berechtigt
Mle, Balthasar	Neu-Ulm	Mertissen
Jacobson, K.	Ottersen	6. Schleswig-Holsteinischer Wahlkreis
Janschel, Alfred	Essen	Mitglied der Nationalversammlung
Jasper, Wilhelm	Warriggen 5. Wf.	Solmünden
Jasman, Anton	Dinselsbühl	Dinselsbühl
Jordan, Anna	Miel	7. Schleswig-Holsteinischer Wahlkreis
Juchacz, Marie	Berlin	Parteiorganisationsvorstand
Juliusberger, Josef	Wilmwig	Hainhor
Jungnickel, Max	Dresden	21. sächsischer Wahlkreis
Jungnickel, Siegfried	Marienau	5. sächsischer Wahlkreis
Jürgens, Konrad		Stuhm-Marienwerder
Kahl, Otto	Königsberg i. Pr.	Fr. Holland
Kaemmerer-Geonhard	Hamburg	Hamburg
Kähler, Wilhelmine	Berlin	Mitglied der Nationalversammlung
Kämpf, Paul	Merseburg	Merseburg-Querfurt
Käppler, Hermann	Abbeid	Mitglied der Nationalversammlung
Käpel, Paul	Selb	Selb
Kater, Otto	Bedum	Bedum
Kagenstein	Charlottenburg	Mitglied der Nationalversammlung
Kay, Swan	Hannover	8. hannoverscher Wahlkreis
Keil, Wilhelm	Ludwigsburg	Mitglied der Nationalversammlung
Kelp, Adolf	Sprünge	9. hannoverscher Wahlkreis
Kelger, Heinrich	Heidelberg	12. badischer Wahlkreis
Kelße, Wendelin	Dresden-N.	4. sächsischer Wahlkreis
Klose, Ad.	Kattowitz	Parteiausschuß
Klotz, Fr.	Groß-Dittersleben	Kangleben
Klotze, Joseph	Nürtingen	Oldenburg
Klubs, Franz	Magdeburg	Magdeburg
Klüh, Franz	Stettin-Gredow	Stettin-Gredow
Klühmann	Hujum	Randow-Greifenhagen
Knaauer, W.	Sonneberg	Hujum
Knauerhose, P.		Sachsen-Weimaringen II
Knerkem, K.	München	Riegnitz
Koch, K.	Widau	Münchett
Koch, Edm.	Gotha	18. sächsischer Wahlkreis
Kolb, K.	Schweinfurt	Mitglied des Landtags
König, Max	Dortmund	Schweinfurt
Koniger, E.	Fr. Friedland	Mitglied der Nationalversammlung
Körner, Dr.	Ludwigsbatal	Schlochau
Körting, Otto	Höbhan	Rheinbals
Koiser, Gg.	Neu-Jenaburg	Anhalt I
Köster, Ad.	Hanteneje	Dffenbach
Kramer, Fr.	Somburg	6. Schleswig-Holsteinischer Wahlkreis
Kräpzig, Herm.	Berlin	Frühlar
Krause, Er.	Gelau	Mitglied der Nationalversammlung
Krause, Fr.	Girchberg i. Schl.	17. sächsischer Wahlkreis
Krell, Max	Sanbe	Girchberg
Krensel, Oskar	Byd	8. u. 10. Schleswig-holst. Wahlkreis
Kröger, Wilhelm	Breslau	Byd
Kroner, P.	Kostad	Breslau, Ost und West
Krüger, Franz	Köln-Kippes	Kostad, Gagenow
Krüger, Hans	Abbeid	Mitglied der Nationalversammlung
Krüger, Wilhelm	Medlenburg	Zeltow-Beeslow
Kühn, Otto	Danzig	Mitglied der Nationalversammlung
Kummer, Fritz	Dresden	Danzig
Kunde, Arthur	Leipzig	Organisations-Kommission
Kunze, Alex	Schültern	11. u. 14. sächsischer Wahlkreis
Kunzendorf	Stettin	Fulda
Kühbis, G.	Baren	Mitglied der Nationalversammlung
Kurt, Gebwig	Hamburg-Altona	Malchin
	Dresden	Mitglied der Nationalversammlung

Name	Wohnort	Bezeichnung des Wahlkreises oder der Stellung in der Partei, die nach dem Organisationsstatut zur Teilnahme berechtigt
Lager, Hans	Balgenhofen	Nischau
Ladenbauer, Martin	Wasserburg	Wasserburg-Mühlbors
Lämmermann, Konrad	Schwabach	Ansbach-Schwarzbach
Lands, Thelma	Eberfeld	Eberfeld-Barmen
Landgraf, Paul	Stralund	Stralund-Franzburg-Müden
Landsberg, Otto	Magdeburg	Mitglied der Nationalversammlung
Lang, Leonhard	Jungolstadt	Jungolstadt
Lanowich, Berta	Breslau	Neustadt-Ober-Schlesien
Lehmann, August	Maritz b. Velden	Potsdam-Dshabeland
Lehmann, Gustav	Franzenberg	Nittweiba
Lehmann, Paul	Evand-Grabisdorf	9. sächsischer Wahlkreis
Leiber, Friedrich	Wmsberg	Mitglied der Nationalversammlung
Lehmar, Franz	Hamburg	Wmsberg-Ober-Meckede
Lejke, Fr.	Hamburg	Mitglied der Nationalversammlung
Leuterich, Max	Köln a. Rh.	Hamburg
Lewenberg, Ernst	Gresfeld	Köln a. Rh.
Lewerenz, Friedrich	Dortmund	Gresfeld
Lez, Frau	Dortmund-Hörbe	Dortmund-Hörbe
Lff, Paul	Hersfeld-Rotenburg	Hersfeld-Rotenburg
Lisinger, Konrad	Winden-Lübbede	Winden-Lübbede
Löbe, Paul	Breslau	Kontrollkommission
Lodahl, Gertrud	Abbeid	Meister-Bomst
Loos, Ernst	Danzig	Neustadt-Rathaus
Löwenhals, Dr. Fritz	Bamberg	Bamberg
Lübberich, Vol.	Königsberg	Mitglied der Nationalversammlung
Lüdemann, K.	Schiffel b. Hamburg	8. u. 10. Schleswig-holl. Wahlkreis
Lutze, Ernestine	Dresden-N.	Mitglied der Nationalversammlung
Maack, Bruno	Groß bei Vegesack	Stade-Bremervörde
Macht, Bernhard	Mühlhausen (Sch.)	Mühlhausen-Weisksee
Machwardt, Karl	Wilhelmsburg	Harburg
Machhoff, Paul	Bürgel	Weimar III
Maische, Anna	Berlin-Nieder-Schönhausen	Ost- und Westflernberg
Meier, Stefan	Fresburg i. Br.	Fresburg-Emmendingen
Meier, Richard	Widau	Mitglied der Nationalversammlung
Meier, Wilhelm	Detmold	Widau
Melle, Georg	Norden	Detmold
Meßger, Frau Centa	München	Oldenburg-Ditriesland
Meves, Paul	Seegesfeld	München
Meys, August	Rheine-Altona-Stettin	Potsdam-Dshabeland
Mischel, K.	Flensburg	Rheine i. S.
Miß, Konrad	Köln-Mühlheim	Sadersleben-Flensburg
Mollenbuz, Hermann	Berlin	Köln-Mühlheim
Mull, Willi	Salzdahlum	Parteiorganisationsvorstand
Müller, Hermann	Berlin	Parteiorganisationsvorstand
Müller, K.	Berlin	Kontrollkommission
Müller, Karl	Mörs	Mörs-Nees
Müller, Max	Strehlen (Schlesien)	Dshau-Nimptsch
Mylau, Otto	Leipzig	16. sächsischer Wahlkreis
		18. "
Narr, Albert	Köln-Delbrück	Mühlheim-Wipperfurth
Neßborn, Ernst	Kranfurt a. M.	Kranfurt a. M.
Neubauer, Andreas	München	München
Neue, Paul	Berlin	Berlin
Neumann, Hermann	Offenbach a. M.	Lauterbach-Melsfeld
Neumann, August	Dortmund	Dortmund-Hörbe
Niemeber, Fritz	Nürtingen	Ditriesland
Neue, Frau Klara	Dresden	4. sächsischer Wahlkreis
Roste, Gustav	Berlin	Mitglied der Nationalversammlung

Name	Wohnort	Bezeichnung des Wahlkreises oder der Stellung in der Partei, die nach dem Organisationsstatut zur Teilnahme berechtigt
Odenblei, Wilhelm Obermeyer, Karl Odenweller, Johann Odenzeller, Fritz Ossowski, Waldemar Ostwald, Richard Otto, G. Ottling, Heinrich Otto, Ernst	Rafeswall Essen Homburg u. d. G. Drauschweig Kreuzburg Kolberg Altona Velbert Rudolfsbad	Nidermünde-Lifedom Mitglied der Nationalversammlung Hochst-Homburg Parteiausschuß Kreuzburg-Rolensberg Köslin 8. u. 10. schlesm.-holst. Wahlkreis Weltmann-Lennep-Riemscheid Schwarzburg-Rudolfsbad
Raegel, Wilhelm Rager, Reinhard Rahig, Bruno Raulus, Hermann Reine, Friedrich Peters, Hermann Peterßen, B. Pflaff, Richard Pflannsch, Wilhelm Pflüß, Antonie Pflard, Emil Pinstau, Karl Pinstert, Max Plum, August Plustat, Frau Polorny, Franz Poppen, Georg Preuß Priefert, Karl Prodesch, Karl Proß, Gustav	Neußlin Mikendorf Geringwalde Dresden Bremen Hochdorn Hamburg Gummersbach Berlin München Halle a. Saale Leipzig Dresden Berlin-Schöneberg Saarbrücken Schönebeck a. E. Preuß Rathenow München Landesrat i. Schl.	Landesberg-Goldin Rauß-Bezig Döbeln 4. sächsischer Wahlkreis Bremen 5. schleswig-holsteinischer Wahlkreis Hamburg Wilhelm a. Rh. Parteiorganisationsrat Mitglied der Nationalversammlung Halle-Saalkreis Mitglied der Nationalversammlung Dresden-Land Essen Teltow-Beesfow Mitglied der Nationalversammlung Mischerleben-Galde Neuhaldensleben Neuhaveland München I u. II Landesrat
Quard, Dr.	Frankfurt a. M.	6. Wahlkreis Hessen-Nassau
Ramm, Otto Ramsbrod, Wilhelm Rammacher, Oswald Rapp, Oskar Rauh, Caspar Rauh, Friedrich Ravignit, Karl Reise, Gottlieb Reichhaus, Paul Reise, Johanna Reuther, Franz Röhde, Karl Riedelhauch, Hans Riedmüller, Lorenz Ritter, Paul Ritter, Adolf Rühl, Alhadeth Rühle, Paul Rosenwald, Seb. Rosen, Ernst Rüdiger, Walter Rudolph, Hermann Ruggaber, Karl Rühner, Friede	Hirteln Berlin Reichenbach Baden-Baden Ganau Linden Bogum Trier Hamburg Küstingen Neustrelitz Treuhtingen Baden Breslau Berlin Köln a. Rh. Blauen i. W. Bahrenfeld Berlin Helenau Hilmen Treprow	Mitteln-Fogelsmar Niederhainim 22. sächsischer Wahlkreis Südt-Nassau Ganau-Gelnhausen Mitglied der Nationalversammlung Bogum-Gattingen Trier Mitglied der Nationalversammlung Dietrichsland Westenburg-Strelitz Eichhädt Mitglied der Nationalversammlung Breslau-Ost Berlin Mitglied der Nationalversammlung Bahrenfeld Essen Zentralstelle der arbeitenden Jugend Hilmen-Vermbach 17. u. 18. württembergischer Wahlkreis Mitglied der Nationalversammlung

Name	Wohnort	Bezeichnung des Wahlkreises oder der Stellung in der Partei, die nach dem Organisationsstatut zur Teilnahme berechtigt
Salomon, Hermann Sauter, Wilhelm Scharf, Wilhelm Schädlitz, Ernst Schabow, Wilhelm Schäfer, Jakob Schäfer, Valentin Schäp, Karl Schander, Arthur Scheidemann, H. Scherffig, Adolt Schiller, Richard Schilling, Minna Schirnel, Heinrich Schirmer, Georg Schlegel, Friedrich Schlemminger, Franz Schlüter, Wilhelm Schmidt, Franz Schmidt, Richard Schmidt, Robert Schmitt, Franz Schmitz, Hubert Schneider, Fritz Schneider, Otto Schneider, Math. Scholz, Gustav Scholz, Alfred Schöneweis, Heinrich Schönfelder, Adolt Schönwaldner, Wilhelm Schöpflin Schradler, Gustav Schred, Karl Schroeder, Luise Schubert, Richard Schulz, Heinrich Schulz, Adolt Schulz, Hermann Schulz, Richard Schulz, Wilhelm Schulz, Martha Schulze, Gertrude Schulze, Karl Schulze, Alfred Schumann, Oswald Segebrecht, Wilhelm v. Seggern, Frau Seunen, Johannes Seibert, August Siering, Wilhelm Süßersmidt, Herm. Simon, Georg Simon, Anna Sietow, Dr. Gustav Sollmann Söhle, Friedrich Sowig, Georg Stahl, Emil Stampfer, Friedrich Stein, Eugen	Frankfurt a. M. Ebingen Siegburg Gelle Kottbus Büdingen Saarbrücken Altkoblenz Bielefeld Berlin Kiel Hamburg Döbeln Halle a. S. Köln Berlin Berlin Herford Bismarck Weihen Berlin München Sooß Koburg Koburg Kulmbach Dreslau Neußlin-Berlin Schwelm Hamburg D. Langenbielau Berlin Hannover Bielefeld Altona Sintterwalde Berlin Berlin (Ref.) Ebingen Breslau Bromberg Witten Braumshweig Schneeberg Nordenham Berlin Anklam Bremersgaden Düren Brandenburg a. S. Hartshausen b. Cassel Berlin Köpenick Augsburg Brandenburg Chemnitz Köln Gardelegen Kriern (Kr. Breslau) Spandau Schneidemühl	Frankfurt a. M. 9. württembergischer Wahlkreis Siegburg-Waldbroel Mitglied der Nationalversammlung Kottbus-Spremburg Büdingen Saarbrücken Weimar I Bielefeld-Biedenbrück Parteiorganisationsrat 7. sächsischer Wahlkreis Hamburg Mitglied der Nationalversammlung Küchlinburg-Mischerleben Köln-Erlangen Berlin Niederbarnim Mitglied der Nationalversammlung Schwerin-Bismarck Mitglied der Nationalversammlung München Gamm-Soeff Koburg Koburg Kulmbach Dreslau Teltow-Beesfow Hagen-Schwelm Hamburg Reichenbach-Neurode Mitglied der Nationalversammlung 8. hannoverscher Wahlkreis Mitglied der Nationalversammlung 6. schleswig-holsteinischer Wahlkreis Ludau Parteiorganisationsrat Mitglied der Nationalversammlung Breslau-Ungermünde Bromberg Bosum-Gelsenkirchen Braumshweig-Blankenburg Wittenberg-Schmeinitz Döbenburg-Dietrichsland Mitglied der Nationalversammlung Dennin 19. hannoverscher Wahlkreis Düren-Köln Mitglied der Nationalversammlung Kassel-Wehlungen Berlin Mitglied der Nationalversammlung Augsburg Mitglied der Nationalversammlung 16. sächsischer Wahlkreis Mitglied der Nationalversammlung Gardelegen Breslau-Land Mitglied der Nationalversammlung Rebakteur des "Vorwärts" Eggenstein-Köln

Name	Wohnort	Bezeichnung des Wahlkreises oder der Stellung in der Partei, die nach dem Organisationsstatut zur Teilnahme berechtigt
Stein, Georg	Keuldingen	Keuldingen-Lüdingen-Roitzg.
Steinfeld, Heinrich	Hamburg	Hamburg
Steinmayer, Otto	Stuttgart	10. württembergischer Wahlkreis
Stelling	Nied.	Mitglied der Nationalversammlung
Stephan, Wilhelm	Wiesbaden	Wiesen-Güldenrodde
Stoll, C.	Altona	8. schleswig-holsteinischer Wahlkreis
Stollen, Otto	Hamburg	Mitglied der Nationalversammlung
Stod, Christian	Heidelberg	
Struve, Johannes	Kassel	Waldeck-Pyrmont
Stubbe, Heinrich	Hamburg	Hamburg
Süßheim, Dr. Max	Rürnberg	Rürnberg-Altorf
Lauzabel, B.	Görlitz	Mitglied der Nationalversammlung
Lausch, Wilhelm	Geislingen	14. württembergischer Wahlkreis
Leich, Johanna	Frankfurt a. M.	Mitglied der Nationalversammlung
Löffinger, Ludwig	Wiesfeld	Wiesfeld
Löhle, W.	Halle a. d. S.	Mitglied der Nationalversammlung
Löhlemann, Karl	Düsseldorf	Düsseldorf
Löhle, Carl	Altenburg	Sachsen-Altenburg
Thomas, Hermann	Wittgen	8. sächsischer Wahlkreis
Löhne, Georg	Kassel	Kassel-Melsungen
Löhlein, Josef	Breese	7. schleswig-holsteinischer Wahlkreis
Loff, Ernst	Charlottenburg	Leltow-Beestow
Loren, Ludwig	Küpperberg-Würzig	Sölingen
Lörns, Oskar	Karlruhe	Mitglied der Nationalversammlung
Hübmann, Max	Lugau i. Erzgebirge	19. sächsischer Wahlkreis
Umlauf, Heinrich	Berlin	Berlin
Verblet, Will	Hiel	7. schleswig-holsteinischer Wahlkreis
Vesper, Otto	Osnabrück	Mitglied der Nationalversammlung
Vogel, Hans	Kirch i. Bayern	
Vogel, Heinrich	Hemelingen	6. hannoverscher Wahlkreis
Vogelstein, Julius	Helligenstadt	Helligenstadt-Borbis
Völkel, Ernst	Posthappel b. Dresden	6. sächsischer Wahlkreis Dresden-Land
Wachendorf, Theodor	Guskruchen	Bergheim-Guskruchen
Wagner, Bernhard	Oelsnitz i. B.	Mauen i. B.
Waigand, Ludwig	Bremen	Bremen
Walter, Frau Auguste	Wiesfeld	Wiesfeld-Wiedenbrück
Walz, Gustav	Dhra b. Danzig	Danzig-Land
Wassermann, Paul	Fürstentum	Fraunfurt-Neubus
Weber, Fritz (Erich)	Danzig	Danzig-Land
Weber, Paul	Halberstadt	
Wegscheider-Stegler	Bonn	Bonn-Reindach
Frau Dr.		
Wegling, Kurt	Dresden	Dresden-Land
Weig	Gröschelshausen	Gröschelshausen
Weiland, Alwin	Deutsches Eylau	Roienberg-Abbau
Weinheber, Paul	Hamburg	9. schleswig-holsteinischer Wahlkreis
Weinhold, Richard	Gräditz	7. sächsischer Wahlkreis Meissen-Miesä
Weis, Otto	Berlin	Berlin
Weidt, Rudolf	Neuruppin	Ruppiner-Land
Berner, Paul	Steinau a. O.	Guhrau-Steinau
Wessel, Ernst	Berlin	Niederbarnim
Westphäliger, Karl	Osnabrück	Osnabrück
Wettermann, Edgar	Gröschelshausen	Domandbrück
Wichtendahl, August	Gröschelshausen	Sachsen-Reinigen I

Name	Wohnort	Bezeichnung des Wahlkreises oder der Stellung in der Partei, die nach dem Organisationsstatut zur Teilnahme berechtigt
Wibmann, Wilhelm	Offenbach a. M.	Offenbach-Dieburg
Winkler, A.	Naumburg	Naumburg-Weichenfels-Zettl
Wissler, Rud.	Berlin	Mitglied der Nationalversammlung
Witte, D.		Rheingau-Lanus
Wittig, Bruno	Wuppertal i. S.	Wuppertal-Büdinger
Wolff, Theodor	Witt	Witt
Wutzmann, Karl	Reichswasser D. L.	Reichenburg-Geheerwerba
Witzrod, Christian	Kassel	Kassel-Melsungen
Wabe, Frau Grete	Hamburg	Hamburg
Wette, Margarete	Köln	Köln-Stadt und Land
Wette, Hermann	Luz i. Erzgebirge	19. sächsischer Wahlkreis
Wies, Martine	Hamburg	Hamburg
Wolff, Philipp	Eberswalde	Eberswalde
Wögele, Karl	Köln	Ober-Rheinprovinz
Wölschlag, Dr. Oberh.	Jena	Wetmar III (Jena-Neustadt)

# Sprechregister des Parteitages.

**Abele** 338.  
**Bartels** 161, 316.  
**Bauer** 443.  
**Begler** 311.  
**Bentler** 420.  
**Bernstein, Eduard** 186, 240, 277, 354.  
**Bieker** 277, 289, 297, 360, 362.  
**Blos, Frau** 270.  
**Borschmann** 192.  
**Braun, Adolf** 189, 190, 250, 255, 303.  
**Braun, Ditto** 138, 252, 283, 345.  
**Breihorst** 139.  
**Brennede** 289, 381.  
**Bromme** 345, 439.  
**Brüchner** 230, 351, 352, 405.  
**Brühne** 173.  
**Cohen** 260, 282, 286, 421.  
**Dr. David** 264, 285, 374.  
**Davidsohn** 196, 232, 356.  
**Dittmer** 194.  
**Dörge** 387.  
**Dreger** 316, 405.  
**Ege** 336.  
**Eggerstodt** 373.  
**Emmel** 139, 220, 300, 301, 502, 333.  
**Engelle** 206.  
**Enz** 340, 342.  
**Feldges** 334.  
**Franz, Helene** 299.  
**Franz** 216.  
**Franz** 332.  
**Gebühr** 297.  
**Gehrmann** 305.  
**Grelling** 250, 295, 355, 399.  
**Groger** 183.  
**Grün** 335.  
**Heine** 223, 229.  
**Hellmann** 306.  
**Helges** 316.  
**Hoh** 137, 138, 281, 249, 274, 345, 388.  
**Hoffmann, Artur** 314.  
**Hoppe** 342.  
**Huffmeier** 442.  
**Juchacz** 308, 337.  
**Kähler** 339.  
**Kamann** 440.  
**Kaemmerer, Leonhard** 379.  
**Kaß** 331.  
**Klagenstein** 232, 250, 301, 356, 431.  
**Keil** 272.  
**Kische** 359.  
**Klüß** 276, 356.  
**Knaur** 262.  
**König** 269, 318, 343.  
**Körner** 323.  
**Kräpzig** 232.  
**Krell** 185, 186.  
**Krüger** 212.  
**Krummer** 271.  
**Leuterich** 186, 187.  
**Litt** 354.  
**Löbe** 161, 299, 323, 334, 342, 343, 344, 345, 346, 354, 355, 362, 363, 370, 373, 381, 387, 420, 431, 439, 451.  
**Mehger** 390.  
**Rollenbuhr** 398.  
**Rüller, Hermann** 130, 256, 301, 396.  
**Roske** 200, 202, 203, 267.  
**Raker** 250, 300, 405.  
**Riff** 209.  
**Rosell** 129.  
**Reuter** 335.

**Schöle** 358.  
**Ruben** 309, 391.  
**Rüdiger** 328.  
**Salomon** 451.  
**Schneimer** 406, 452.  
**Sollmann** 435.  
**Sronig** 222.  
**Schäfer** 455.  
**Scheidemann** 231, 232, 238, 281, 284, 286.  
**Schiller** 217, 219, 355.  
**Schürmer** 254.  
**Schlegel** 329.  
**Schmidt, Robert** 383, 403.  
**Schollig** 229, 268.  
**Scholz** 250.  
**Schöfeler** 357.  
**Schulz, Adolf** 174, 317.  
**Schulz, Heinrich** 134, 137, 139, 140, 167, 182, 186, 189, 190, 197, 198, 202, 203, 217, 219, 221, 229, 230, 231, 232, 233, 249, 250, 259, 264, 270, 272, 277, 282, 287, 289, 292, 295, 296, 297, 299, 300, 302, 303, 311, 314, 316, 318, 346, 351, 352, 353, 354, 356, 357, 404, 405, 442, 455.  
**Stahl** 399.  
**Steinfeld** 314.  
**Steinlopf** 393.  
**Stelling** 307.  
**Stoll** 290.  
**Stubbe** 210.  
**Thieleman** 287, 357.  
**Vogel** 371.  
**Weinheber** 139, 301.  
**Weis** 140, 292.  
**Weißel** 296.  
**Wissel** 363, 402.  
**Witte** 437.

# Sachregister des Parteitages.

**Aktionsprogramme, Weibliche** 21.  
**Agitation** 38.  
 — unter den Soldaten 39.  
**Aktionsprogramm** 145.  
**Anträge zur auswärtigen Politik** 118, 120.  
 — zum Bericht der Fraktion 84.  
 — zum Bericht der Kommission zur Beratung der Presseangelegenheiten 92.  
 — zum Bericht des Parteivorstandes 73.  
 — zum Entwurf eines sozialdemokratischen Aktionsprogramms 100.  
 — über Freiwilligenkorps 109.  
 — Jugend und Bildung 93.  
 — zur Lehrerbewegung 111.  
 — zum Organisationsstatut der Partei 76.  
 — zur Tagesordnung des Parteitages 73.  
 — Richtlinien für die Jugendbewegung 110.  
 — auf Bereinigung der sozialdemokratischen Parteien 74.  
 — Vertrauensumgebung für Sozialdemokraten in der Regierung 116.  
**„Arbeiter-Jugend“** 181.  
 — Abonementen 24.  
**Arbeiter- und Soldatenträte** 10, 11, 12, 13, 69.  
**Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer** 39, 172.  
**Arbeitsprogramm der sozialdemokratischen Fraktion der Nationalversammlung** 57.  
**Auslandspolitik der sozialdemokratischen Fraktion der Nationalversammlung** 58.  
 — und Sozialdemokratie, Bernsteins Referat 240.  
**Austritt der Unabhängigen aus der Regierung** 13.  
**Wahlpolitik der deutschen Regierung** 268.  
**Barth, Emil** — Versuch zur Gewinnung der Freiwilligenverbände 207.  
**Bericht der Fraktion** 346.  
 — der Landtagsprüfungskommission 230, 351.  
 — der Kommission zur Beratung der Presseangelegenheiten 174.  
 — der Kontrollkommission 173.  
 — der Organisationskommission 318.  
 — über Parteikasse 161.  
 — des Parteivorstandes 5, 140.  
 — des Parteivorstandes über die kulturpolitischen Aufgaben der Partei 167.  
**Bildungsweisen** 168.  
**Buchhandlung Vorwärts** 37.  
**Diktator des Proletariats** 150.  
**Ernährungsfrage, Interpellation in der Nationalversammlung** 70.  
**Fraktionsbericht** 55.  
**Frauenagitation** 19, 21.  
**Frauenbewegung** 19.  
**Frauenwahlrecht** 20.  
**Freiwilligenverbände** 14, 155.  
**Forderung der sozialdemokratischen Partei am 7. November 1918** 10.  
**„Freie Lehrer, Der“** 173.  
**Frieden** 72.  
 —, Unabhängige Sozialdemokratie 157.  
**Geburtenabnahme** 5.  
**Geburtenverhinderung** 20.  
**Gedenktag der Revolution** 66.  
**Gemeindevertretungen, Sozialdemokraten in den** 32, 164.  
**Geisteskrankheiten, Bekämpfung** 19.  
**Gewaltfrieden** 7.  
**„Gleichheit“** 21, 36.  
 —, Ausban 309.  
 —, Zeilage „Die Frau und ihr Haus“ 180.  
**Hungerblockade, Protest der Nationalversammlung** 60.  
**„In Freien Stunden“** 38.  
**Innenpolitik der sozialdemokratischen Fraktion der Nationalversammlung** 58.  
**Internationale Arbeitererziehung** 49.  
 — 3. sozialistische 46.  
 — Sozialistenkonferenz in Amsterdame 50.  
 — Sozialistenkonferenz in Bern 76.  
 — Verkündigung 46, 158.  
 —, Verbandsaufschieben 49.  
 —, Völkerverbund 45.  
**Jugendagitation** 23.  
**Jugendauschüsse** 24.  
**Jugendbewegung** 22, 169.  
 — Debatte über 314.  
**Jugendberziehung** 22.  
**Jugendtag** 22.  
**Jugendvereine** 23.  
 — Verband der deutschen 169.  
**Kassenbericht** 55.  
**Kinderberziehung** 6.  
**Kleine Anträge der sozialdemokratischen Fraktion der Nationalversammlung** 67.  
**Kleine Gesetze der Nationalversammlung** 65.  
**„Kommunale Praxis“** 38.  
 —, Ausgestaltung 181.  
**Kongress der Arbeiter- und Soldatenträte** 13.  
**Kontrollkommission, Konstituierung** 420.  
 — Wahl 406.  
**Kriegsgefangene, Einpruch gegen ihre Zurückhaltung** 60.  
**Kühnmann, Sturz** 7.  
**Kulturpolitische Aufgaben der Partei** 26.  
**Landtagswahlen** 31.  
**Lehrer, Der freie“** 173.  
**Lehrer, sozialdemokratische** 171.  
**Masseier** 40.  
 — Nationalfesttag 66.  
**Maryistische Literatur** 36.  
**Rathenauwelle** 9.  
**Reichsbewegung** 17.  
**Richtlinien der Parteioptionen** 54.

Nationalversammlung 11, 12, 13, 14, 27.  
 „Neue Zeit“ 36.  
 Notiz über die Streikwilligenverbände 202.  
 Notverfassung der Deutschen Republik 60.  
 Organisation 16.  
 Organisationsstatut 18.  
 — Entwurf 76, 319.  
 Papierknappheit 176.  
 Parteiangehörigen, Gehälter 165.  
 Parteitag 27.  
 Parteiausgleich, Arbeiteräte 45.  
 — Belagerungszustand 42.  
 — Bericht 40.  
 — Demokratisierung 43.  
 — Friedensschluß 44.  
 — Lebensmittelversorgung 41, 43.  
 — Massentrials 41.  
 — Militarisierung der Wehrkräfte 42.  
 — Nationalversammlung 44.  
 — Organisationsstatut 45.  
 — Parteifinanzien 42.  
 — Parteipresse 46.  
 — Sozialisierung 45.  
 — Verhandlungsergebnisse 42.  
 — Waffenstillstand 43.  
 — Wahlrechtsreform in Preußen 42.  
 Parteibeiträge 164.  
 Parteiblätter, neue 33.  
 Parteifinanzien 165.  
 Parteigeschäfte, Ueberprüfungen 166.  
 Parteiliste, Bericht 161.  
 Parteikorrespondenz 165.  
 Parteimitglieder 161.  
 Parteipresse, Abkommen 165.  
 — Bericht über 180.  
 — Papierknappheit 164.

Parteipresse Zulassungen 51.  
 — Parteipaltung 14.  
 Parteitag, Bureau 4.  
 — Tagesordnung 3.  
 — Verlegung in ein anderes Lokal 182.  
 Parteivereinigung 15.  
 Parteivorstand, Aufruf vom 17. Oktober 1918 9.  
 — überwiesene Anträge 18.  
 — Wahl 405.  
 — Wahlen 354.  
 Pressebureau 165.  
 — rheinisch-westfälisches 165.

Räterepublik 150.  
 Räteregime, Leitsätze 113, 126.  
 — Referat Cohen 421.  
 — Referat Singheimer 406.  
 Regierungsumbildung 10, 14, 55.  
 Reichskanzler, Frag von Baden 7, Ebert 11.  
 Reichsmarine 61.  
 Reichsministerium 57.  
 Reichspräsident Ebert 14, 58.  
 Reichswehr 61.  
 Resolutionen 101, 106, 107.  
 — zur Rätefrage 106.  
 Revolution, Errungenschaften der 16.  
 — in Berlin 10, 152.  
 „Revolutionsschriften“ 37.

Sommerzeit 65.  
 Sozialdemokraten in der Regierung 7, 8, 144.  
 Sozialisierungsgesetze 64.  
 Spartakusbund 18, 14.  
 Schlichthandel 7.  
 Schuld am Kriege 159.  
 Sturz der Dynastien 10.

Tagesordnung 135.

Vereinigungsfrage 146.  
 Verfassung der Deutschen Republik 68.  
 Verordnungen der Volksbeauftragten u. der Reichsregierung 61.  
 Verhandlungsrieden 7, 9.  
 „Welt und Zeit“, illustrierte Wochenchrift 180.  
 „Vorwärts“ 34.  
 — Besetzung durch Sparta-lus 36, 39.  
 — Verbote 34, 35.

Wahlagitaktion 39.  
 Wahlkosten 166.  
 Wahl der Kontrollkommission 406.  
 — der Mandatsprüfungskommission 135.  
 Wahlenprüfungen 85.  
 Wahlergebnis, Nationalversammlung 30.  
 — Landtagen 31.  
 Wahl zur Nationalversammlung 27.  
 — des Parteivorstandes 406.  
 — der Schriftführer 135.  
 — der Vorsitzenden 134.  
 — des Zentralbildungsausschusses 454.  
 Waffenstillstand 72.  
 — Angebot 8.  
 „Wahrer Jafos“ 36.  
 Wiederaufnahme in die Partei 351.  
 Wohnungsnot - Bekämpfung 71.

Zeitschrift für sozialdemokratische Lehrer 39.  
 Zentralbildungsausschuss 25.  
 — Wahlen 367.  
 Zentralstelle für Einigung der sozialistischen Parteien 15

## Ergebnis der Abstimmungen über die dem Parteitag vorgelegten Anträge.

(Wortlaut der Anträge Seite 73 bis 128. Zusammenstellung der angenommenen Anträge Seite 505 bis 516. Die Zahlen in Klammern bezeichnen die Stimmzahlen, auf denen die Resultate der Abstimmung zu finden sind.)

### Nicht genügend unterstützte Anträge:

**52, 55 (308), 161 (454), 272, 273 (405), 278 (454).**

### Durch Abstimmung oder Erklärung erledigte Anträge:

**13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 26, 27, 28 (302), 30 (404), 31, 32, 35, 36, 37, 39, 41** Abf. 1 (344), **47, 48, 49, 56, 57, 58, 59, 64 (404), 68 (302), 71, 72 (404), 74 (302), 78, 79, 80 (404), 82 (302), 89, 91, 95, 97, 101 (404), 103 (318), 107, 108 (404), 109 (357), 110, 113 (404), 115 (357), 117 (302), 119, 121, 122, 133, 134, 135, 136, 137, 138, 139 (140), 141, 142, 143, 144, 145, 146, 147, 148, 149, 151, 152, 153, 154 (318), 156, 157 (302), 159 (308), 164, 166, 169 (404), 175, 176, 177, 181 (302), 182 (454), 183, 184 (454), 186** Abf. 8 (302), **188 (404), 190 (454), 191, 192, 193, 194, 195 (302), 196 (454), 197 (302), 201** Abf. 6 (404), **201** Abf. 8 u. 9 (454), **215 (302), 216 (454), 219, 220 (344), 223** Abf. 4 (454), **229 (357), 230 (404), 231 (387), 245 (314), 252 (318), 253 (357), 262 (345), 263 (454), 266, (455), 274 (404).**

### Abgelehnte Anträge:

**2, 4, 5, 6, 7, 8 (140), 33, 34, 38** Abf. 1 u. 2 (344), **38** Abf. 3 (345), **40 (344), 41** Abf. 2, **44, 45, 46** zum Teil (345), **70, 73, 93, 103, 111 (405), 158, 185 (302), 199 (454), 210** Abf. 1 u. 4 (404), **214, 217 (345), 221 (344), 231** Satz 2, **243 (302), 254 (345), 256 (344), 260 (404), Niemeyer Eisenbahnräte (454).**

### In den Parteivorstand überwiesene Anträge:

**9, 10, 11 (318), 12, 25 (302), 50, 54 (318), 60 (302), 63, 69, 81 (318), 96 (302), 102 (454), 120, 121, 122, 123, 124, 125, 126, 127, 128, 129, 140 (318), 163 (454), 165, 167, 170, 172, 187** Abf. 1, **189 (318), 200 (454), 232 (318), 238 (454), 240, 246 (318), 271 (454), Referat über Räteregime (454).**

### Der Fraktion der Nationalversammlung überwiesen:

**65, 66, (67) 75, 76, 77, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 92, 98, 104, 105, 112, 114, 116, 118, 119 (404), 155 (318), 166, 174, 179, 180, 186** Absatz 2, **187** Abf. 2, **198, 200, 211 (404), 218 (318), 222 (404), 223** Absatz 1 u. 3, **[224] 225, 226, 264, 269 (404).**



## Zurückgezogene Anträge:

178 (800).

Arbeitsgemeinschaft der Lehrer überwiesen:

90 (404).

## Parteiausschuß überwiesen:

270 (454).

## Angenommene Anträge:

1, 3 (189) Tagesordnung, 29 (318) Agitationsmaterial, 42, 43 46 zum Teil (345) Organisationsstatut, 51, 53 (318) Agitation, 61 (318) Uebertritt zur Partei, 62 (318) Frauen in Verwaltungen, 94 (404) Agitationsmaterial, 99 (404) Kommunalisierung von Liegenschaften, 100 (404) Fiskalische Anlagen, 150 (318) Jugendpflege, 162 (454) Abfindung der Fürsten, 171 (454) Kommunalprogramm, 173 verändert (454) Schrebergärten, 202 (300) Parteieinigung, 203 (302) Freiwilligenkorps, 204 (404) Doppelmandate, 205 Jugendbewegung, mit Änderungen, Abs. 1, 2, 4, 5 u. 6 (318) Abs. 3 (345), 206 (318) Lehrerbewegung, 207 (318) Genossen in Regierungsdiensten, 208 (302) Demokratisierung, 209 (318) Bildungsarbeit, 210 Abs. 2 u. 3 (404) Einheitsrepublik, 212 (404) Ernährungsfrage, 213 (404) Einheitsrepublik, 223 Abs. 2 (302) Pressefreiheit, 227 (302) Belagerungszustand, 228 (300) Parteiselbständigkeit, 237 (345) Organisationsstatut, 244 (287) Auswärtige Politik, 247 Abs. 3 (404) Preussische Gebiete, 248 (404) Verbrauchergemeinden, 249 (287) Abänderung zu 244, 250 (345) Frauenagitation, 251 mit Antrag Lesche (404) Sozialisierung, 255 (404) Abänderung zu 248, 257 (404) Beamte, 258 (344) Organisationsstatut, 259 (455) Lebiné, 261 (455) Saargebiet, 265 (404) Todesstrafe, 267 (455) Kriegsgefangene, 268 (404) Letten, 275 (405) Spandauer Heeresverpfändungen, 276 (455) Gegen Gewalttaten, 303 (454) Produktionskennnisse, Zu den Leitfragen über Räteystem (454).

## Präsenzliste der Frauenkonferenz vom 15. und 16. Juni 1919.

Name	Bezeichnung des Wahlkreises oder der Stellung in der Partei, die nach dem Organisationsstatut zur Teilnahme berechtigt
Anjorge, Marie	Schlesien
Anning, Marie	Deutschburg-Mühlheim
Baader, Ottilie	Ehrenmitglied
Bartels, Elise	Hannover
Baus, Marie	Hamburg
Begier, Johannes	Hamburg
Bed, Elise	Oberschlesien
Berge, Frieda	Sachsen
Blase, Therese	Mannheim
Blos, Anna	Württemberg
Bollmann, Minna	Halberstadt
Bremer, Therese	Hannover
Bühning, Marie	Magdeburg
Giehholz, Therese	Ostpreußen
Ege, Lina	Hessen-Rastau
Eichler, Minna	Thüringen
Endmann, Lina	Stettlinghausen
Franz, Helene	Breslau
Gerlach, Henriette	Oberburg-Düfriesland
Gotthusen, Frau	Pr. Landtagsfraktion
Griehl, Max	Württemberg
Grünberg, Helene	Nürnberg
Günter, Friederike	Anhalt II
Gamann, Anna	Westfalen
Ganna, Gertrud	Berlin
Gaule, Frieda	O. Schlesien
Gemmingen, Paula	Hamburg
Giller, Emilie	Württemberg
Goppe, Martha	Berlin
Harder, Hanna	Bremen
Helfers, Rosa	Sameln
Höfs, Elie	Stettin, W. d. N.
Jaediat, Luise	Lübeck
Jordan, Anna	Kiel
Juchacz, Marie	Berlin, Parteivorstand
Jähler, Wilhelmine	Berlin-Steglig
Kaemmerer, E.	Hamburg
Kaue, Hedwig	Halberstadt
König, Elisabeth	Leipzig
Kurt, Hedwig	Sachsen

Name	Bezeichnung des Wahlkreises oder der Stellung in der Partei, die nach dem Organisationsstatut zur Teilnahme berechtigt
Landé, Thessa Lawatsch, Berta Leg, Anna Lobahl, Gertrud Lührs, Frieda	Eiberfeld Mittelschlesien Dortmund Posen, M. d. N. Hannover, M. d. N.
Matzsch, Anna Mayer, Loni Mayer, Dora Meßger, Centa	Ost- und Westfalen Stettin Schleswig-Holstein Bayern
Moos, Klara	Sächsischer Landtag
Orloff, Frau	Frankfurt a. M.
Peschke, Elisabeth Pflüß, Antonie Plum, Agnes Pluskat, Rosa	Cottbus-Spremberg München, M. d. N. Essen Groß-Berlin
Rattsch, Pauline Reimann, Elise Reitze, Johanna Rynek, Elfriede Röhl, Elisabeth Ruehland, Schwester Lybia	Fort-Lausitz Elbing Hamburg Berlin, Parteivorstand Pöln Galle-Merseburg
Seggern, Marie v. Simon, Anna Scheibenhuber, Elise Scholz, Gertrud Schumann, Elise Struwe, Berta Starl, Elise Schilling, Minna Schmidt, Emma Schmitz, Helene Schulz, Berta Schulze, Henriette Schubert, Richard Schreiber, Abela Schroder, Luise	Bremen Brandenburg, M. d. N. Berlin Berlin Stettin Magdeburg Jüterbog i. Sa. Döbeln i. Sa., M. d. N. Meißen Berlin Dachau-Gelsenkirchen Braunschweig Ludau Berlin Altona
Todenhagen, Minna	Groß-Berlin
Walter, Auguste Weber, Emilie Wegscheider, Dr. Hildegard Weiß, Klara Wellmann, Alwine Weißhal, Henriette Wiersbighi, Ella Wohlgemuth, Loni	Bielefeld Inhalt I Bonn Berlin Donaubühl Hamburg Hamburg Westpreußen
Zabe, Grete Zeffe, Margarete Zieg, Martine	Hamburg Pöln Hamburg

## Sprechregister der Frauenkonferenz.

Anfrage 477.	Ganna 486.	Röhl 474.
Genossin Bartels 480.	Hiller 472.	Rynek 470, 471, 472, 473.
Blas 476.	Juchacz 458, 459, 483, 484,	Schilling 470.
Bohm-Schuch 466, 482.	500, 501, 502, 503.	Schreiber, Abela 491.
Dahl 481.	Kähler 471.	Schroeder 479.
Endmann 479.	Leg 478.	Genossin Schulz 480.
Grünberg 473, 484, 501.	Pflüß 476, 502.	Todenhagen 480.
	Plum 475.	Weiß 485

## Sachregister der Frauenkonferenz.

Anträge zur Frauenkonferenz 500.	Frauenarbeit und Frauen- schutz — Gertrud Ganna über 486.	Tagesordnung der Frauen- konferenz 469.
Aufgaben der sozialdemo- kratischen Frauenbewegung — Gen. Juchacz über — 459.	„Gleichheit“ — Bohm-Schuch über 467.	Wahl der Mandatsprüfungs- kommission der Frauen- konferenz 459.
Bericht der Mandatsprü- fungskommission der Frauenkonferenz 470.	Mutterschaftstragen, Abela Schreiber über — 491.	Wahl der Schriftführerinnen der Frauenkonferenz 469.
Frauenkonferenz — Bericht 458.	Richtlinien für die Frauen- bewegung 471.	Wahl der Vorsitzenden der Frauenkonferenz 459.

## Inhalts-Verzeichnis.

---

	Seite
Tagesordnung des Parteitages . . . . .	3
Bureau des Parteitages . . . . .	4
Vorlagen an den Parteitag . . . . .	5
Bericht des Parteivorstandes für die Geschäftsjahre 1918/1919 . . . . .	5
Bericht der Fraktion der Nationalversammlung . . . . .	55
Anträge an den Parteitag . . . . .	73
Protokoll des Parteitages . . . . .	129
Bericht über die Frauenkonferenz . . . . .	458
Wortlaut der angenommenen Anträge . . . . .	506
Organisationsstatut . . . . .	517
Präsenzliste des Parteitages . . . . .	523
Sprechregister des Parteitages . . . . .	532
Sachregister des Parteitages . . . . .	533
Ergebnisse der Abstimmungen . . . . .	535
Präsenzliste der Frauenkonferenz . . . . .	537
Sprechregister der Frauenkonferenz . . . . .	539
Sachregister der Frauenkonferenz . . . . .	539

---